



Klare Kontur

Die Postbank auf dem Weg
zur Postbank der Zukunft
Angebote

- 4 1992: Das dritte Jahr der Postbank zeigt klare Konturen
- 8 Die Postbank-Führung

Lagebericht

- 9 1992: Die Umstrukturierung trägt erste Früchte

Postbank 1992

- 23 Durch klare Konturen stärker im Wettbewerb

Vertrieb

- 31 Optimaler Service durch neue Strukturen
- 32 Die Organisation der Postbank Generaldirektion
- 36 Die Organisation der Postbank Niederlassungen

Datenverarbeitung

- 39 Electronic Banking: Anspruch für die Zukunft

Aktivgeschäft

- 43 Auf dem Weg nach Europa

Anhang

- 47 Erläuterungen zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung
- 52 Bestätigungsvermerk
- 53 Bericht des Aufsichtsrats

Jahresabschluß

- 54 Jahresbilanz zum 31. Dezember 1992
- 56 Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1992
- 57 Die Mitgliedschaften der Postbank
- 58 Die Postbank Adressen

- 2 Die Postbank auf einen Blick
- 3 Die Postbank und ihre neuen Angebote
- 4 1992: Das dritte Jahr der Postbank zeigt klare Konturen
- 8 Die Postbank-Führung

Lagebericht

- 9 1992: Die Umstrukturierung trägt erste Früchte

Postbank 1992

- 23 Durch klare Konturen stärker im Wettbewerb

Vertrieb

- 31 Optimaler Service durch neue Strukturen
- 32 Die Organisation der Postbank Generaldirektion
- 36 Die Organisation der Postbank Niederlassungen

Datenverarbeitung

- 39 Electronic Banking: Anspruch für die Zukunft

Aktivgeschäft

- 43 Auf dem Weg nach Europa

Anhang

- 47 Erläuterungen zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung
- 52 Bestätigungsvermerk
- 53 Bericht des Aufsichtsrats

Jahresabschluß

- 54 Jahresbilanz zum 31. Dezember 1992
- 56 Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1992
- 57 Die Mitgliedschaften der Postbank
- 58 Die Postbank Adressen

		1988	1989	1990	1991	1992
Zahlungsverkehr						
Girokonten	in Mio	4,6	4,7	5,05	5,1	5,0
davon Btx-Girokonten		41.000	60.000	90.000	113.000	188.000
Sichtguthaben	in Mrd DM	18,3	19,6	23,7	23,7	25,3
Eurocheck-Karten		785.000	828.000	890.000	1.018.000	1.050.000
Eurocards		25.200	34.400	44.500	60.000	127.000
Reiseschecks (Umsatz)	in Mio DM	79	85	105	121	155
Sortendienst (Umsatz)	in Mio DM	329	405	500	550	550
Einlagengeschäft						
Einlagekonten	in Mio	22,0	22,4	23,7	24,2	24,0
Einlagevolumen	in Mrd DM	40,6	40,9	44,9	44,8	42,5
Ablieferung an den Bund	in Mio DM	-	-	290	352	338
Teilbetriebsergebnis	in Mio DM	-	-	173	548	122
Personalaufwendungen	in Mio DM	-	-	1.058	1.270	1.315
Mitarbeiter		-	-	-	20.919	19.444
Bilanzsumme	in Mio DM	-	-	76.447	78.004	77.811

Die Postbank und ihre neuen Angebote

Juli 1991: **Einführung „90-Tage-Dispo“** ... Oktober 1991: **Sparbrief, 4 oder 6 Jahre Laufzeit** ... Oktober 1991: **Einführung Postbank Card** ... Januar 1992: **Eigenemittierte Postbank Eurocard und Eurocard Gold** ... September 1992: **Einführung des Postbank Bargeld-Service** ... November 1992: **Postbank Sparbuch 3000 plus** ... Januar 1993: **Stufenweise Einführung des bundesweiten Telefon-Service** ... März 1993: **Vermittlung von Kapital-Lebensversicherungen** ... September 1993: **Postbank VISA Card ... Investmentsparen** ...

1992: Das dritte Jahr der Postbank

Januar:

Die Postbank wird im Kartengeschäft aktiv. Sie bietet jetzt eine eigenemitierte Eurocard und eine Eurocard Gold an. Die Eigenemission ist erfolgreich, bis zum Jahresende kann die Zahl ausgegebener Karten mit fast 127.000 mehr als verdoppelt werden.

Die Postbank bekennt Farbe. Hatte sie 1991 bereits 1.100 Postämter in den alten Ländern mit über 3.700 Diskretions-Säulen ausgestattet, beginnt sie jetzt auch in den neuen Ländern mit der Auslieferung der „Abstandshalter“. Bis

zum Jahresende werden dort in fast 200 Postämtern 600 Diskretionssäulen für den nötigen Abstand sorgen. In der „Bankpost“, der Mitarbeiterzeitung der Postbank, wird die Krankenstand-Untersuchung des Bundesrechnungshofes aus dem Vorjahr veröffentlicht. Erste Maßnahmen werden geprüft, im Mai beginnt die Umsetzung.



Februar:

In Oslo tagen die Direktoren von 14 europäischen Postbanken. Sie beraten über gemeinsame Angebote sowie den Ausbau von Eurogiro für den grenzüberschreitenden Zahlungsverkehr.

In der Frage der Schalterabteilung hat nun eine unabhängige Kommission das Wort. Eine von Postminister Christian Schwarz-Schilling eingesetzte Sachverständigenrunde soll bis zum Sommer

vorschlagen, wieviel Postbank und Telekom der „gelben Post“ für die Mitbenutzung ihrer Schalter bezahlen müssen. Der Kommission gehören vier Professoren, ein Institut für Kommunikationsdienste und Vertreter des Wirtschafts- und des Postministeriums an. Die Sachverständigenrunde soll vor allem auch darüber nachdenken, wie ein „dauerhaftes Verfahren für die künftigen Jahre“ aussehen soll.

Die Postbank richtet den 3millionsten Dauerauftrag ein

Universitätsbibliothek Mannheim

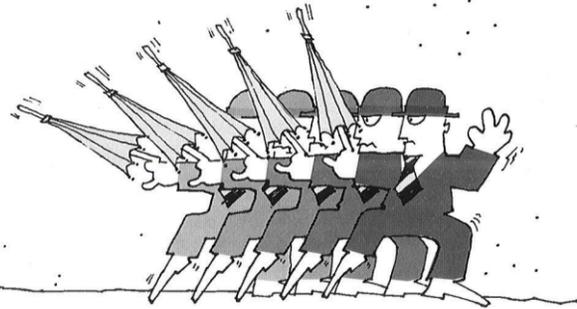
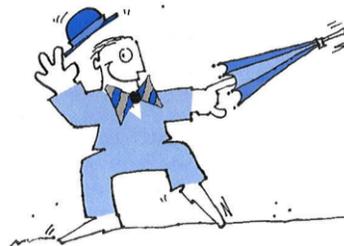
ZL 3358

1992

März:

Jetzt besitzen 3 Millionen Kunden eine Postbank Card. Der Versand der für die Kunden kostenfreien Servicekarte hatte im Oktober 1991 begonnen.

In Heathrow findet die Konferenz der europäischen Postbanken statt. Die Leiter von 14 Postbanken beraten die Grundsätze ihrer künftigen Zusammenarbeit.



April:

Die Postbank bekommt weiteren Nachwuchs. Zur „Pflege und Verwaltung ihrer Immobilien“ gründet sie die Postbank Immobilien und Bau-management GmbH.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Generaldirektion beziehen ihre neuen Räume. Die Anschrift der Postbank-Zentrale lautet jetzt: Postbank Generaldirektion Friedrich-Ebert-Allee 122-126 D-5300 Bonn 1

Mai:

Die Konkurrenz läßt nicht locker. Das private Kreditgewerbe will die Expansionsoffensive der Postbank nun doch gerichtlich stoppen. „Das Maß ist voll“, sagt der Sprecher des Bundesverbandes deutscher Banken am 8. Mai in Köln. Die mit einem Streitwert von fünf Millionen Mark vor einer Zivilkammer in Stuttgart eingereichte Klage richtet sich gegen den Einstieg der Postbank in das Kredit- und Anlagengeschäft.

Juni:

Die Postbank gehört nach wie vor zu den „Großen“ im Markt. Nach einer Untersuchung der „Welt“ steht sie nach dem Bilanzvolumen auf Platz 14 aller deutschen Kreditinstitute.

Der Vorstand verabschiedet das Umstrukturierungs- und Sanierungskonzept. Bis Ende 1996 müssen 8.000 Arbeitsplätze abgebaut werden. Dieser Abbau soll sozialverträglich und im Rahmen natürlicher Fluktuation erfolgen. Nach Abschluß der Maßnahmen wird die Kostenrechnung der Postbank jährlich um 800 Millionen Mark entlastet werden.

Im Zahlungsverkehr beginnt die bankweite Einführung von KORDOBA.

Juli:

Die Einführung der Vertriebsbeauftragten geht in die zweite Phase. Jetzt sind 25 Kräfte im Einsatz. Ab 1993 wird die Postbank bundesweit 140 von ihnen als Botschafter „vor Ort“ einsetzen. Sie sollen Partner der Schalterkräfte sein und Ansprechpartner für alle Vertriebs- und Kommunikationsfragen im Vertriebsverbund Postbank/Postdienst.

Der Vorstand beschließt den Beitritt der Postbank zur Kommission der Europäischen Postfinanzdienste. In diesem Gremium stimmen sich nahezu alle europäischen Länder ab.

Im ersten Schritt werden periodischer Kontoauszug und Wertstellung realisiert, zunächst im damaligen Postgiroamt Karlsruhe. Im Verlauf der nächsten fünf Monate erhalten alle Postbank Girokunden ein ausführliches Anschreiben, in dem ihnen der neue, periodische Kontoauszug erläutert wird. Gleichzeitig können die Kunden schon jetzt wählen, wie sie ab dem 1.1.1993 ihre Kontoauszüge erhalten möchten: Monatlich, vierzehntägig, wöchentlich oder buchungstäglich. Portofrei für die Kunden wird künftig der Monatsauszug sein.

Die Vorarbeiten zur Einführung des Postbank Telefon-Service laufen auf Hochtouren. Noch in diesem Jahr soll die Technik in die praktische Erprobungsphase gehen.

In der „Bankpost“ werden die Ergebnisse der im Vorjahr durchgeführten Mitarbeiter-Befragung veröffentlicht. Licht und Schatten liegen eng beieinander.

Bilanzpressekonferenz. Die Postbank präsentiert die Zahlen eines erfolgreichen Geschäftsjahres 1991. Ohne Zwangsablieferung an den Bund hätte die Bank mit einem Jahresüberschuß abgeschlossen.

... zeigt klare Konturen

August:

Die Postbank bekommt Post vom Bundeskartellamt. Die obersten Wettbewerbshüter werfen ihr sowie den drei Großbanken Deutsche Bank, Dresdner Bank und Commerzbank, der Grundkreditbank, der Berliner Volksbank, der Landesbank Berlin, der Berliner Bank Mißbrauch einer marktbeherrschenden Stellung auf dem Regionalmarkt Berlin vor, da der Spareckzins seit Jahren nahezu unverändert geblieben sei. Das Verfahren wird am 5. März 1993 eingestellt.

Das Postbank Sparbuch bleibt die optimale Reisekasse. Den Spitzenwert der Abhebungen im Ausland erreicht es im August, am häufigsten wird es in Österreich eingesetzt.



September:

Die 100.000 ste Postbank Eurocard wird ausgestellt.

Das Bundesfinanzministerium verabschiedet am 4. September die endgültige Fassung der Zinsabschlagsteuer-Formulare. Die Postbank muß in kürzester Zeit 10 Millionen Anträge drucken und bundesweit in alle Postämter liefern lassen.

Die Neuorganisation der Postgiro- und Postsparkassenämter tritt in Kraft. Sie heißen vom 1. 7. 1993 an Niederlassung, der Amtsvorsteher wird zum Niederlassungsleiter. Alle Niederlassungen werden in die drei Bereiche Vertrieb, Be-

Oktober:

Der Elektronische Zahlungsverkehr kommt immer stärker zum Zug. Durch neue Hochleistungs-Lesegeräte können jetzt 5.000 Buchungsaufträge in der Stunde erfaßt werden. Insgesamt werden nun 80% aller Einzelüberweisungen elektronisch verarbeitet.

Die neue Niederlassung München wird eingeweiht. Das 180 Millionen Markobjekt wird Arbeitsplatz für 1.500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sein.

Die deutsche Postbank nimmt den Eurogiro-Betrieb auf. An das europaweite Zahlungsverkehrsnetz der Postbanken sind in der ersten Stufe fünf Länder angeschlossen.

In Amsterdam findet die Konferenz der Direktoren der europäischen Postbanken statt. Es wird über die Qualitätsstandards bei Eurogiro sowie über neue gemeinsame Finanzprodukte verhandelt.

trieb und Verwaltung umstrukturiert, Spar- und Girobereich werden integriert.

Der Postbank Bargeld Service ist da. Jetzt können sich die Kunden bundesweit an 11.000 Schaltern des Postdienstes mit Bargeld versorgen.

Die Postbank reicht ihre Erwidern auf die im Mai eingelegte Bankklage ein. Sie sieht gute Erfolgsaussichten, der Tatsachenvortrag der betreffenden Banken ist nach ihrer Einschätzung unzutreffend.

Die Freistellungsaufträge kommen waschkörbeweise. In Hamburg und München werden Telefonberatungen aufgebaut, um den Kunden beim Ausfüllen der Anträge zu helfen. An Spitzentagen gehen täglich über 3.000 Anrufe je Niederlassung ein.

Das Sparbuch mit festem Zins (Laufzeit 1 Jahr) der Postbank erreicht mit 8,5% den Zinsgipfel.

Die Postbank gewinnt vor dem Landgericht Berlin einen Rechtsstreit gegen den dortigen Verbraucherschützer-Verband. Postbank Card sowie persönliche Geheimzahl dürfen in gewöhnlichen Briefen an die Kunden verschickt werden.

November:

3000 plus heißt das neue Sparbuch der Postbank. Wer mehr als 3000 Mark anlegt, erhält bei diesem Sparbuch mit gesetzlicher Kündigungsfrist 5,5 Prozent Zinsen. Das Angebot gilt bis zu einer Einlagenhöhe von 20.000 Mark. „3000 plus“ ist vom Start weg ein Renner: Schon am sechsten Tag nach der Einführung haben über 10.000 Kunden ein solches Sparbuch eröffnet.

3000 plus

Der Postbank Telefon-Service geht in die Erprobungsphase. 1000 ausgewählte Kunden testen den Spracherkennungscomputer und lassen sich von ihm nach Angabe von Kontonummer und persönlicher Geheimzahl den jeweiligen Kontostand nennen.

Bundespostminister Christian Schwarz-Schilling macht einen Kompromißvorschlag in der Schalterabgeltungsfrage. Danach soll die Postbank dem Postdienst 1992 und 1993 jeweils 1,392 Milliarden DM für die Nutzung der Schalter zahlen.

Die Postbank-Familie wächst weiter: Der Aufsichtsrat der Postbank genehmigt die Gründung einer weiteren Tochter, der Deutsche Postbank International S.A., Luxemburg.

Die Postbank erwirbt eine VISA-Lizenz, die Kartenausgabe ist für das zweite Halbjahr 1993 geplant.

Die Postbank steckt noch tief in der Verarbeitung von Millionen Freistellungsaufträgen zur Zinsabschlagsteuer, da wird bereits das sogenannte Gewinnaufspürgergesetz diskutiert. Es soll im Laufe des Jahres 1993 in Kraft treten und allen Bankinstituten bestimmte Kontrollpflichten auferlegen.

Die Auslieferung der Postbank Card wird abgeschlossen. Insgesamt wurden seit Oktober 1991 3,9 Millionen Karten verschickt.

Die KWG-Novelle wird verabschiedet. Sie tritt zum 1. Januar 1993 in Kraft. Damit ist es „amtlich“: Die Postbank ist ein „Kreditinstitut“ auch im Sinne dieses Gesetzes.

Dezember:

Nach zehnjähriger Amtszeit gibt Bundespostminister Christian Schwarz-Schilling am 14. Dezember vor der Bundespressekonferenz seinen Rücktritt bekannt. Der 62jährige begründet seine Entscheidung mit der Bonner „Handlungsunfähigkeit“ angesichts des Krieges in Bosnien Herzegowina. Er bedauert, daß er die Postreform II nicht zu Ende führen kann.

Die Postbank schließt sich an das weltweite S.W.I.F.T.-Netz (Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunication) an und wickelt den internationalen Zahlungsverkehr mit anderen Banken auf elektronischem Weg ab.

Fast 140.000 Kunden nennen jetzt ein Postbank Sparbuch 3000 plus ihr eigen, das Einlagevolumen auf diesen Sparbüchern beträgt fast 850 Millionen DM.

Das Einlagevolumen des im Oktober 1991 eingeführten Sparbriefs erreicht die 250 Millionen DM-Grenze.

Vorstand

Dr. Günter Schneider (Vorsitzender)
 Dr. Rudolf Bauer
 Dr. Bernhard Zurhorst

Aufsichtsrat

Vorsitzender
 Dr. Hans Friderichs
 Albert Stegmüller
 (stellvertretender Vorsitzender)
 ———
 Dr. Thea Brüner
 Geschäftsführerin der
 Verbraucherzentrale Berlin e.V.
 Prof. Dr. Hans E. Büschgen
 Seminar für
 Allgemeine Betriebswirtschaftslehre
 und Bankbetriebslehre der
 Universität zu Köln
 Dr. Hans Friderichs
 Bundesminister a.D.
 Dr. Gert Haller
 Ministerialdirektor im Bundes-
 ministerium der Finanzen
 Constantin Freiherr Heereman
 von Zuydtwyck
 Präsident des
 Deutschen Bauernverbandes
 Margit Kröger
 Mitglied des Personalrates beim
 Postsparkassenamt Hamburg

Franz Kroppenstedt
 Staatssekretär im
 Bundesministerium des Innern
 Bernd Lindenau
 Bezirksvorsitzender der Deutschen
 Postgewerkschaft Berlin
 Uwe Lüthje
 Mitglied des Bezirksvorstandes
 des Deutschen Postverbandes
 Hamburg
 Dr. Bernhard Molitor
 Ministerialdirektor im
 Bundesministerium für Wirtschaft
 Dr. Manfred Schüler
 Staatssekretär a.D.,
 Mitglied des Vorstandes der
 Kreditanstalt für Wiederaufbau
 Frankfurt am Main
 Karola Schwuchow
 Vorsitzende des Hauptpersonal-
 rates der Generaldirektion Postbank
 Dr. Ing. Dieter Soltmann
 Persönlich haftender Gesellschafter
 der Spaten-Franziskaner-Bräu
 KGaA
 Albert Stegmüller
 Stellvertretender Vorsitzender der
 Deutschen Postgewerkschaft
 Dr. Jürgen Zech
 Stellvertretender Vorsitzender des
 Vorstandes der Gerling-Konzern
 Versicherungs-Beteiligungs-AG

Direktoren

Norbert Behle,
 Bonn
 Günther Detjen,
 Bonn
 Wolfgang Gayer,
 Wachtberg
 Karl-Friedrich
 Grunewaldt,
 Bonn
 Georg Konradi,
 Bonn
 Dr. Norbert
 Leise,
 St. Augustin
 Werner Merkes,
 Köln
 Hartmut Nitsch,
 Bad Honnef
 Dr. jur. Richard
 Reinfeld,
 Wachtberg
 Achim Scholz,
 Bonn
 Dr. Erhard
 Schramm,
 Bonn
 Joachim
 Sperbel,
 Bergisch
 Gladbach

1992: Die Umstrukturierung trägt erste Früchte

Überblick

Auch im Berichtsjahr stand der Kunde im Mittelpunkt aller Aktivitäten der Bank.

Unübersehbar erfordert das Kundenbedürfnis eine Ausweitung und Vertiefung des Angebots auf den angestammten und sich weiterentwickelnden Betätigungsfeldern. Die Postbank kam dem nach, indem sie insbesondere ihr Angebot im Einlagengeschäft anreicherte und das Kartenangebot ausweitete und verbesserte.

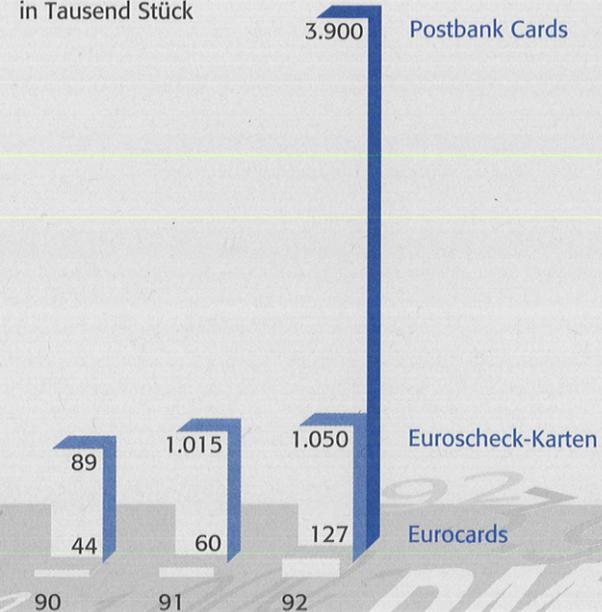
Mitte November 1992 ergänzte die Postbank ihr Angebotsspektrum im Spargeschäft um das Sparbuch

3000 plus, das sich als außerordentlich erfolgreich erweist. Die Arbeiten zur Vermittlung von Kapitallebensversicherungen wurden so vorangetrieben, daß dieses Geschäft im März 1993 aufgenommen werden konnte.

Nach Ausgabe der Postbank Card, einer Servicekarte für alle Girokonteninhaber, führte die Postbank am 1. Januar 1993 eine eigenemittierte Eurocard ein und traf Vorbereitungen für ein VISA-Kartenangebot in 1993. Die Zusammenarbeit mit den europäischen Postbanken auf dem Gebiet des Zahlungsverkehrs wurde intensiviert. 1993 wird unter der Bezeichnung „Eurogiro“ ein besonders für Geschäftskunden und auch für Banken interessantes, sicheres und schnelles Zahlungsverkehrssystem zur Verfügung stehen.

Der Übergang zum periodischen Kontoauszug wurde stufenweise in den Monaten Juni bis Dezember 1992 vollzogen. Die unvermeidlichen Kontokündigungen infolge der angekündigten Beteiligung der Kunden an den Portokosten hielten sich in den erwarteten, engen Grenzen.

Kartenabsatz
 in Tausend Stück

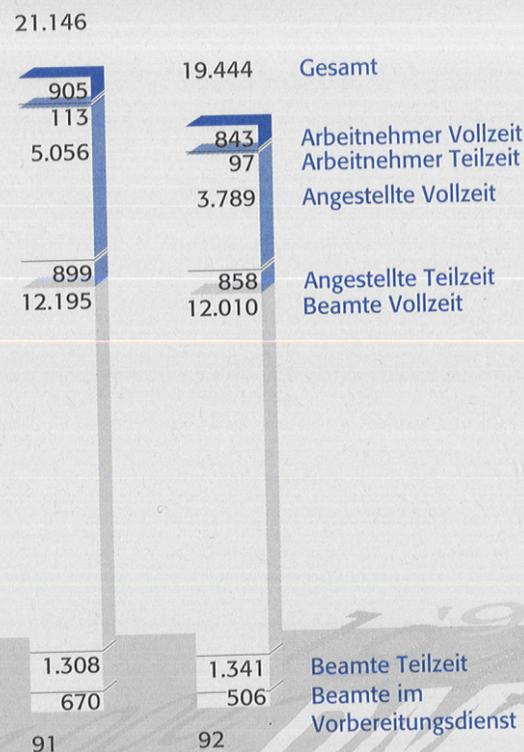


Nach innen galten die Anstrengungen der Bank der Ausformung und Durchsetzung eines im Vorjahr vom Vorstand beschlossenen drastischen Neustrukturierungs- und Sanierungsprogramms. Dieses Programm besteht aus drei Maßnahmenpaketen, der Neuorganisation der Postbank Generaldirektion in Bonn, der verstärkten Technisierung im Zahlungsverkehr und im Einlagengeschäft sowie aus der grundlegenden Neuorganisation der Postsparkassenämter und Postgiroämter, die zum 1. Juli 1993 in Postbank Niederlassungen umbenannt werden.

Die Organisationsmaßnahmen auf der Ebene der bisherigen Ämter werden unter Beibehaltung der derzeitigen Standorte zu homogen gestalteten Niederlassungen führen; bestimmte Aufgaben werden regional konzentriert, die Aufgaben der zur Zeit 18 Rechenzentren in 5 Rechenzentren zusammengefaßt, die im Zusammenhang mit dem Konzentrationsprozeß auf die Postbank Data GmbH überführt werden sollen.

Mit dem Neustrukturierungs- und Sanierungsprogramm verbunden ist ein stufenweiser Abbau der Arbeitsplätze um 8.000 auf einen Endbestand von 12.000 im Jahre 1996. Um den effektiven Personalbestand dem Bedarf anpassen zu können, wurde 1991 und im Berichtsjahr bilanzielle Vorsorge getroffen. Zur sozialverträglichen Umsetzung ist eine Vorruhestandsregelung unerlässlich. Die dazu notwendigen Aktivitäten sind seitens der Postbank eingeleitet.

Mitarbeiterzahl zum Bilanzstichtag



Teil der Technisierung im Rahmen des Neustrukturierungsprogramms ist die Bankensoftware KORDOBA, die bis Dezember 1992 flächendeckend im gesamten Bundesgebiet eingeführt wurde. In der ersten Stufe wird diese Software für Zwecke des Rechnungswesens, für den periodischen Versand von Kontoauszügen, für Wertstellung sowie für die Einführung des Sparbriefs genutzt. Für 1993/1994 ist eine weitere Stufe geplant, mit der KORDOBA innerhalb des Rechnungswesens der Postbank zum führenden Buchungssystem wird.

Komplementär dazu wurden weitere Standard-Software Elemente zum Ersatz der kameralistischen Altsysteme eingesetzt, die für die Einführung der kaufmännischen Buchführung zum 01. Januar 1993 genutzt werden und die bereits im Einsatz befindliche SAP-Produkte integrativ vervollständigen.

Bankenklage: Erste Hürde genommen

Konkurrenten aus dem privaten Bankgewerbe unternahmen den Versuch, der Postbank auf dem Weg zur Modernisierung ihres Produktangebots Prozeßhürden zu errichten. Neun Privatbanken erhoben im Februar 1992 beim Landgericht Stuttgart Klage gegen die Postbank. Die Klägerinnen begehren, die Postbank solle das bereits eingeführte Dispolimit zurücknehmen und die in Aussicht genommenen Dienstleistungserweiterungen im Einlagenbereich (Termineinlagen, Investmentzertifikate, Vermittlung von Kapitallebensversicherungen) unterlassen. Mit seinem am 27. Januar 1993 verkündeten Urteil hat das Landgericht Stuttgart die Klage in vollem Umfang als

unbegründet abgewiesen. Die Klägerinnen haben inzwischen Berufung eingelegt. Die Postbank sieht der Fortsetzung des Rechtsstreits in zweiter Instanz gelassen entgegen.

Zur Beilegung des Konflikts über die Höhe der Abgeltung der vom Unternehmen Postdienst für die Postbank erbrachten Verbundleistungen ließ der Bundesminister für Post und Telekommunikation durch eine Kommission Vorschläge erarbeiten. Diese haben zur Meinungsbildung der am Entscheidungsprozeß Beteiligten wesentlich beigetragen und bilden eine wertvolle Hilfe bei der Konzeption der 1993 abschließend auszuformenden Kooperationsvereinbarung.

Sparbuch 3000 plus mit gutem Start

Als Folge der im Berichtsjahr noch zu schmalen Angebotspalette konnte die Bank ihr Geschäftsvolumen nicht ganz behaupten. Bis Mitte 1993 konnte diese Entwicklung insbesondere durch das neue Sparbuch 3000 plus jedoch kompensiert werden. Die Verteuerung der Passivseite führte bei sinkenden Zinsen am Geld- und Kapitalmarkt zu einem deutlichen Rückgang des Zinsergebnisses, der durch das Provisionsergebnis nicht aufgefangen werden konnte. Hinzu kam eine außerordentliche Erhöhung der Abgeltung für Verbundleistungen des Postdienstes um 340 Millionen DM. Das Teilbetriebsergebnis vor Ablieferung ermäßigte sich unter diesen Einflüssen auf 216 Millionen DM.

Die Tochtergesellschaften der Bank, die Ende 1991 ins Leben gerufene Postbank Data GmbH sowie die im April 1992 gegründete

Postbank Immobilien- und Baumanagement GmbH, entwickelten sich plangemäß. Die Beteiligung an der 1993 von den europäischen Postverwaltungen geplanten Euro-giro Network A/S mit Sitz in Kopenhagen sowie die Gründung einer Postbank-Tochter in Luxemburg, der Deutsche Postbank International S. A., wurden vorbereitet. Die Gründung der Postbank-Tochter in Luxemburg wurde inzwischen vollzogen.

Bilanzstruktur und -entwicklung

Die zentralen Leistungsbereiche der Postbank sind der Zahlungsverkehr und das Einlagengeschäft; diese beiden Sparten bestimmen die Bilanzstruktur der Bank.

Die Postbank ist Hausbank für die Schwesterunternehmen Postdienst und Telekom. Sie beteiligt sich am Geld- und Kapitalmarkt. Das Individualkreditgeschäft ist ihr verwehrt.

Die Bilanzsumme der Postbank beläuft sich zum Bilanzstichtag, dem 31. Dezember 1992, auf 77.811 Millionen DM.

Die Passivseite wird geprägt durch Spareinlagen und Sichteinlagen von Nichtbanken. Die Spareinlagen haben einen Anteil von 54,6 Prozent des Geschäftsvolumens; sie betragen 42.502 Millionen DM. Die Sichteinlagen von Nichtbanken betragen 25.273 Millionen DM, sie machen 32,5 Prozent des Bilanzvolumens aus.

Beherrschende Position auf der Aktivseite sind die Ausleihungen an die Schwesterunternehmen Telekom und Postdienst mit 30.375 Millionen DM. Sie haben einen Anteil an der Bilanzsumme von

39,0 Prozent. Anleihen und Schuldverschreibungen stellten sich auf 18.056 Millionen DM, das sind 23,2 Prozent der Bilanzsumme.

Im Vergleich zum Vorjahr ist die Bilanzsumme bei einem geringen Rückgang von 193 Millionen DM annähernd konstant geblieben.

Spareinlagen

Zum Ende des Berichtsjahres beliefen sich die Spareinlagen auf insgesamt 42.502 Millionen DM und weisen damit gegenüber dem Vorjahr ein insgesamt um 2.281 Millionen DM geringeres Volumen aus. Die sich schon im Vorjahr abzeichnende Tendenz zur Umschichtung in andere Anlageformen ist auch bei der Postbank nicht ohne Auswirkungen auf das Einlagevolumen geblieben. Allerdings konnte der Einlagenschwund schon bis Mitte Mai 1993 vollständig ausgeglichen werden.

Andere Banken mußten im Bereich der Spareinlagen ebenfalls Volumeneinbußen hinnehmen. Sie haben auf der Passivseite allerdings wesentlich mehr Variationsmöglichkeiten für Produkte als die Postbank. Hinzu kommt die fehlende Gestaltungsfreiheit der Postbank im Aktivgeschäft. Die Hochzins-Passivprodukte der Postbank (wie z.B. der

Sparbrief und das Sparen mit festem Zins) schmälern, solange keine höher verzinslichen Kreditprodukte angeboten werden dürfen, die Ertragslage der Bank.

Die Entwicklung der einzelnen Sparformen verlief recht unterschiedlich. Die Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist im engeren Sinn - das sind die Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist ohne Spareinlagen mit festem und mit wachsendem Zins sowie ohne das Sparbuch 3000 plus - gingen spürbar zurück. Die Spareinlagen mit wachsendem Zins konnten sich am Markt behaupten. Erfreuliche Zuwächse waren im Bereich der Spareinlagen mit festem Zins zu verzeichnen.

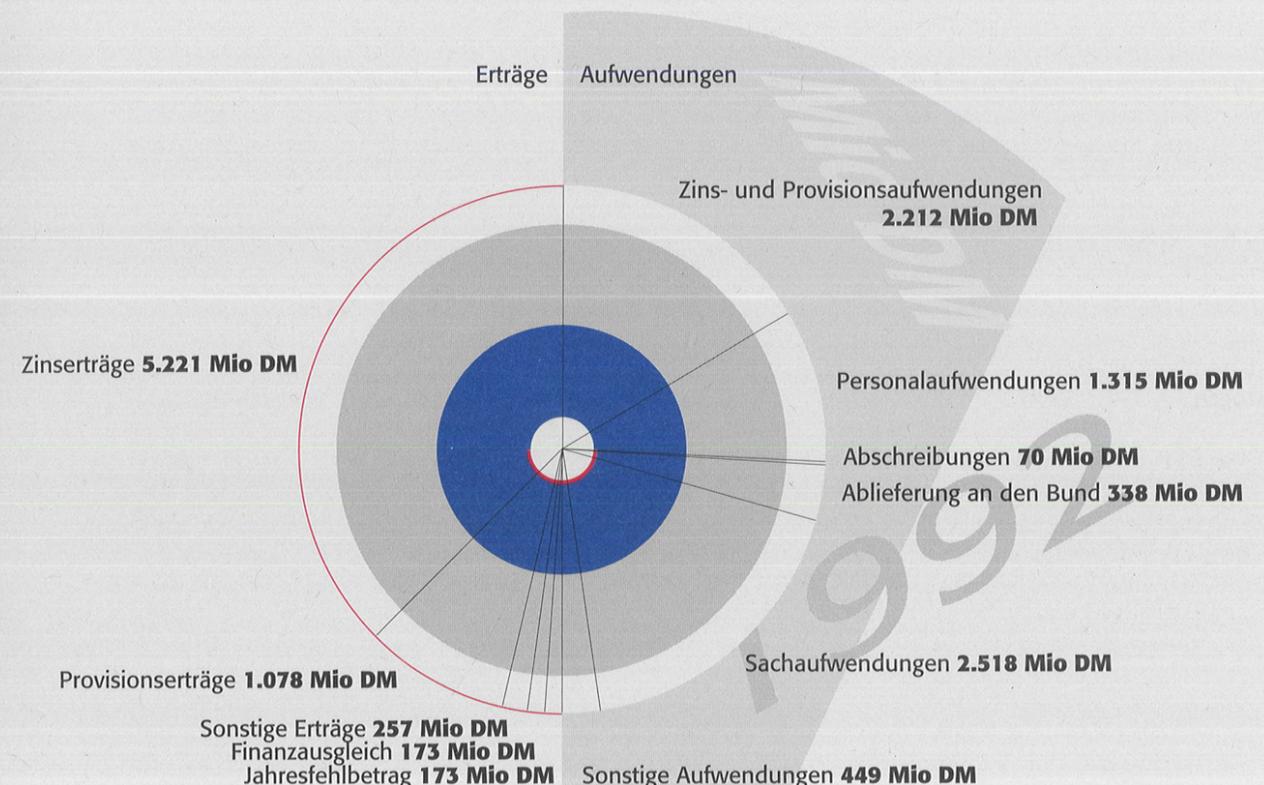
Auf Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist im engeren Sinne entfielen zum Ende des abgelaufenen Geschäftsjahres 22.141 Millionen DM nach 26.078 Millionen DM im Vorjahr.

Die höherverzinslichen Sparformen mit gesetzlicher Kündigungsfrist konnten einen Zuwachs von 2.385 Millionen DM verzeichnen. Sie betragen zum Jahresende 16.292 Millionen DM. Den Schwerpunkt dieser Einlagen bildet das Sparen mit festem Zins. Im einzelnen ergibt sich folgende Entwicklung:

	31.12.1992		31.12.1991	
	Mio DM	%	Mio DM	%
Mit gesetzlicher Kündigungsfrist				
Gesetzliche Kündigungsfrist i. e. S.	22.141	52,1	26.078	58,2
Gesetzliche Kündigungsfrist i. w. S.	16.292	38,3	13.907	31,1
	38.433	90,4	39.985	89,3
Mit besonders vereinbarter Kündigungsfrist				
Schwebende Verrechnungen	4.109	9,6	4.813	10,7
	∕ 40	0,0	∕ 15	0,0
Spareinlagen insgesamt	42.502	100,0	44.783	100,0

Struktur der Gewinn- und Verlustrechnung 1992

1992 Insgesamt 6.902 Mio DM



Die Einführung der Zinsabschlagsteuer hat bei den Banken zu einem erheblichen Aufwand geführt. Die Postbank ist als Spezialinstitut für das Einlagengeschäft mit rund 24 Millionen Sparkonten besonders stark betroffen. Die Freistellungsaufträge konnten trotz der großen Menge zügig bearbeitet werden.

Die Postbank erweiterte ihre Angebotspalette im Einlagengeschäft. Seit Mitte November 1992 wird das neue Postbank Sparbuch 3000 plus angeboten. Das neue Produkt ist erfreulich gut angelauten. Bis zum Jahresende wurden auf 139.000 Sparbüchern 842 Millionen DM Einlagen hereingenommen. Mit den bis Mitte 1993 durch dieses Angebot erzielten Guthabenzuwächsen sind die Guthabenabflüsse des Vorjahres wieder ausgeglichen.

Im Einlagengeschäft ist 1993 als weiteres Angebot der Vertrieb von Kapitallebensversicherungen eingeführt worden. Als nächste Schritte werden Investmentsparen und Termingelder folgen.

Sichteinlagen

Die täglich fälligen Verbindlichkeiten aus dem Bankgeschäft gegenüber Kunden haben sich im Berichtsjahr auf 25.273 Millionen DM nach 23.716 Millionen DM im Vorjahr erhöht. Das ist eine Steigerung um 1.557 Millionen DM bzw. 6,6 Prozent.

Die Sichteinlagen von Kreditinstituten und anderen Gläubigern machen 35,8 Prozent des Geschäftsvolumens aus. Das bedeutet einen Anstieg von 1.474 Millionen DM bzw. 5,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Zahlungsverkehr

Die Zahl der Postbank Girokonten ist gegenüber dem Vorjahr um 73.000 oder 1,4 Prozent auf 5,0 Millionen zurückgegangen. Ursächlich hierfür waren Nachwirkungen der Preiserhöhung 1991 und die Portodiskussion. Der Rückgang hielt sich im Rahmen der Erwartung, nicht zuletzt deshalb, weil die Post-

bank unverändert ein günstiger Anbieter ist.

Die von der Postbank angebotene, nicht marktübliche Überziehungsmöglichkeit auf dem Girokonto wurde im abgelaufenen Geschäftsjahr verstärkt in Anspruch genommen.

Kräftig zugenommen hat erneut die Zahl der Btx-Girokonten. Zum Ende des Berichtszeitraums nutzten rund 190.000 Kunden dieses attraktive Angebot. Dies bedeutet einen Zuwachs von 80.000 Btx-Girokonten.

Das Kartenangebot der Postbank wurde weiter ausgeweitet. Die Ausgabe einer für den Kunden kostenfreien Postbank Card, mit der der Postbankkunde an 11.000

Schaltern des Postdienstes sowie den Geldausgabeautomaten der Postbank Bargeld abheben kann, wurde im Berichtsjahr abgeschlossen. Zum Jahresende standen rund 3,9 Millionen Kunden Postbank Cards zur Verfügung. 1,1 Millionen Kunden nutzten das alternative Angebot der Postbank Euro-scheck-Karte.

Hohe Zuwachsraten waren bei der Eurocard zu verzeichnen. Rund 130.000 Kunden nutzten diese Karte, das sind 70.000 mehr oder mehr als doppelt so viele wie 1991.

Weiter abgerundet werden wird das Kartenangebot der Postbank mit der geplanten Ausgabe der VISA-Karte. Zudem ist eine erhebliche Aufstockung der Zahl der Geldausgabeautomaten bei der Postbank vorgesehen.

Als weitere Angebote im Zahlungsverkehr werden Cash-Management und Telefon-Banking folgen. Unter dem Namen „Eurogiro“ werden in Kürze Dienste im internationalen Zahlungsverkehr angeboten werden. In diesem Bereich arbeitet die Postbank eng mit anderen europäischen Postbanken zusammen.

Gelddienste

Die Gelddienste der Postbank umfassen den Postanweisungsdienst, den Zahlungsverkehrsdienst und den Zahlscheindienst. Gemäß § 65 Abs. 2 des Postverfassungsgesetzes sind die Postunternehmen verpflichtet, die zum Zeitpunkt der damaligen Postreform angebotenen Dienstleistungen bis zum Erlaß

einer Rechtsverordnung weiterzuführen.

Die Postbank ist danach verpflichtet, auch den Postanweisungsdienst und den Zahlungsverkehrsdienst zunächst aufrecht zu erhalten. Der Erlaß der Rechtsverordnung, die über die Einführung von sogenannten Pflichtleistungen befinden soll, steht noch aus.

Die oben aufgeführten Gelddienste führen regelmäßig zu Verlusten. Sie finden nur hinsichtlich des Zahlscheindienstes ihre Entsprechung im banküblichen Zahlungsverkehrsangebot. Durch die hohe Kostenunterdeckung beim Postanweisungs- und Zahlungsverkehrsdienst hat die Postbank insoweit ein faktisches, aber verlustträchtiges Monopol inne.

Mittelaufnahme für die Schwesterunternehmen

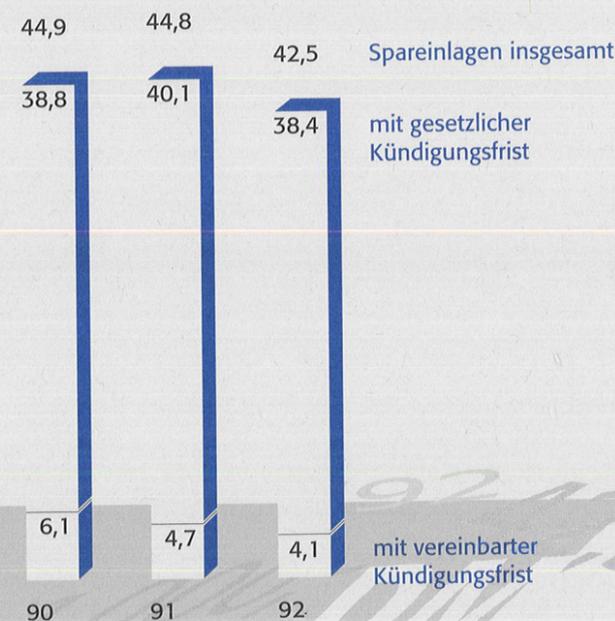
Die Postbank hat in ihrer Hausbankfunktion auch im abgelaufenen Geschäftsjahr Mittel am Kapitalmarkt für Telekom aufgenommen.

Bereitgestellt wurden der Telekom:

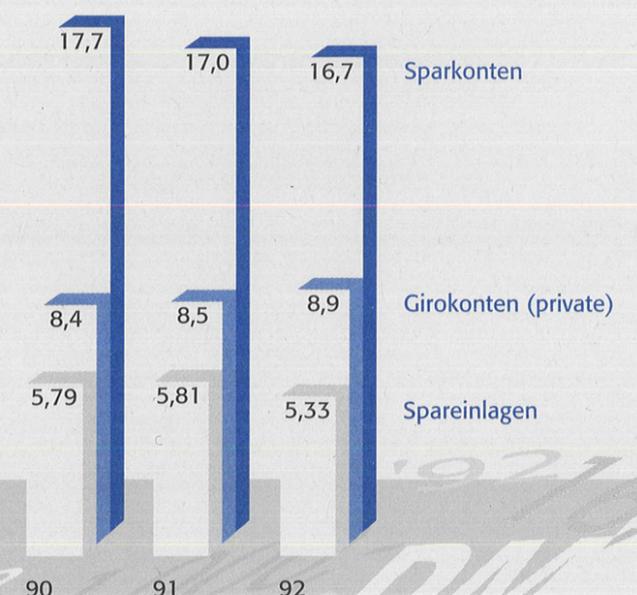
Postanleihen	15.000 Millionen DM
Postschatzanweisungen	1.000 Millionen DM
Schuldscheindarlehen	3.347 Millionen DM

Die Kapitalaufnahme erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um 6,8 Milliarden DM. Der Telekom dienten die Mittel insbesondere zur Finanzierung von Investitionen in den neuen Bundesländern.

Spareinlagen in Milliarden DM



Marktanteile der Postbank in Prozent



Die Postbank übernimmt die Kurspflege für Postanleihen. An Kursgewinnen und -verlusten beteiligen sich die Postunternehmen Telekom, Postdienst und Postbank gemäß ihrem Anteil am Bestand.

Aktivgeschäft

Beherrschende Positionen auf der Aktivseite sind die Anlage von Geldern der Postbank auf dem Geld- und Kapitalmarkt sowie die Liquiditätshaltung und Investitionsfinanzierung für die Schwesterunternehmen. Die Kassenbestände der Deutschen Bundespost werden bei der Postbank bilanziert. Postdienst und Telekom wurden mit Cash-Management-Konten in die Lage versetzt, ihre Liquidität selbst zu steuern. Nicht sofort benötigte Mittel werden auf Sichteinlagen- oder Termineinlagenkonten bei der Postbank angelegt. Für unvorhergesehene Liquiditätsgapässe hat die Postbank den beiden DBP-Unternehmen Überziehungslinien eingeräumt.

Auch die Sicht- und Termineinlagen der Schwesterunternehmen Postdienst und Telekom unterliegen der vollen Mindestreservepflicht bei der Deutschen Bundesbank. Dafür hat die Postbank die Möglichkeit, das Bargeld auf die Mindestreserveerfüllung anrechnen zu lassen. Außerdem kann sie wie jede andere Geschäftsbank an den Refinanzierungsmöglichkeiten (z.B. Lombardkredite, Wertpapierpensionsgeschäfte) der Bundesbank teilnehmen.

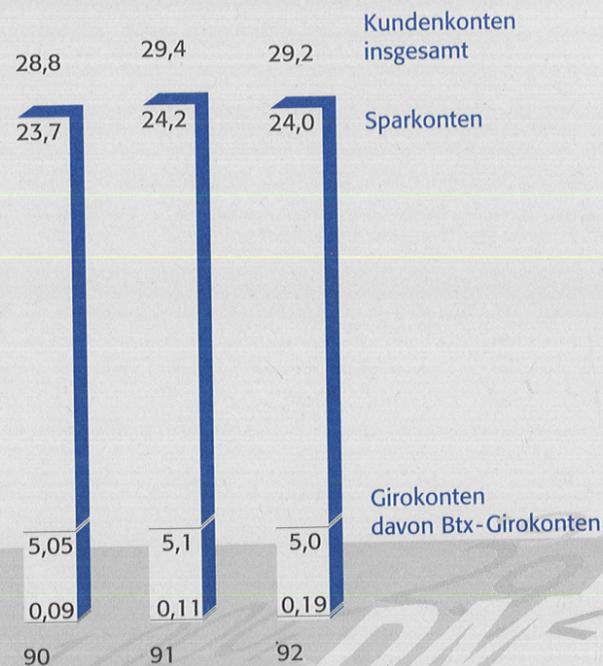
Die Forderungen an Kreditinstitute stiegen um 4.317 Millionen DM auf

16.126 Millionen DM. Es handelt sich bei dieser Bilanzposition ganz überwiegend um Geldmarktgeschäfte. Daneben wurden Schuldscheindarlehen und Namenspapiere geführt.

Der Bestand an Anleihen und Schuldverschreibungen blieb im Vergleich zum Vorjahr mit 18.056 Millionen DM annähernd konstant. Der Gesamtbetrag gliedert sich nach Laufzeiten wie folgt:

	31.12.1992		31.12.1991	
	Mio DM	%	Mio DM	%
a) mit einer Laufzeit bis zu vier Jahren	328	1,8	114	0,6
b) mit einer Laufzeit von mehr als vier Jahren				
des Bundes und der Länder	5.173	28,7	4.669	25,4
von Kreditinstituten	12.466	69,0	13.472	73,4
sonstige	89	0,5	99	0,6
	18.056	100,0	18.354	100,0

Kundenkonten in Millionen Stück



Im Bestand wurden vor allem Wertpapiere geführt, die von Kreditinstituten ausgegeben wurden. Anleihen und Schuldverschreibungen haben ein Anteil von 23,2 Prozent am Geschäftsvolumen nach 23,5 Prozent im Vorjahr.

Die Postbank leistete im abgelaufenen Geschäftsjahr wiederum einen erheblichen Beitrag zur Finanzierung des Schwesterunternehmens Telekom. Die Ausleihungen an Telekom näherten sich weiter der Marke von 30 Milliarden DM. Sie belaufen sich nunmehr auf 29.548 Millionen DM nach 29.486 Millionen DM im Vorjahr. Die Aufteilung der Ausleihungen an die Unternehmen der Deutschen Bundespost ergibt sich aus der folgenden Aufstellung:

	1992		1991	
	Mio DM	%	Mio DM	%
Telekom	29.548	97,3	29.486	97,2
Postdienst	827	2,7	857	2,8
	30.375	100,0	30.343	100,0

Telekom dienten die zusätzlichen Mittel auch zum weiteren Ausbau des Fernmeldenetzes in den neuen Bundesländern. Bezieht man die laufenden Verrechnungskonten in die Betrachtung ein, so machen die Forderungen an die Schwesterunternehmen 42,6 Prozent des Geschäftsvolumens nach 40,6 Prozent im Vorjahr aus.

Um den veränderten Rahmenbedingungen, den funktionalen Erfordernissen und der Nutzung der

Freiräume der neuen Anlagegrundsätze besser Rechnung tragen zu können, hat die Postbank organisatorische Veränderungen vorgenommen.

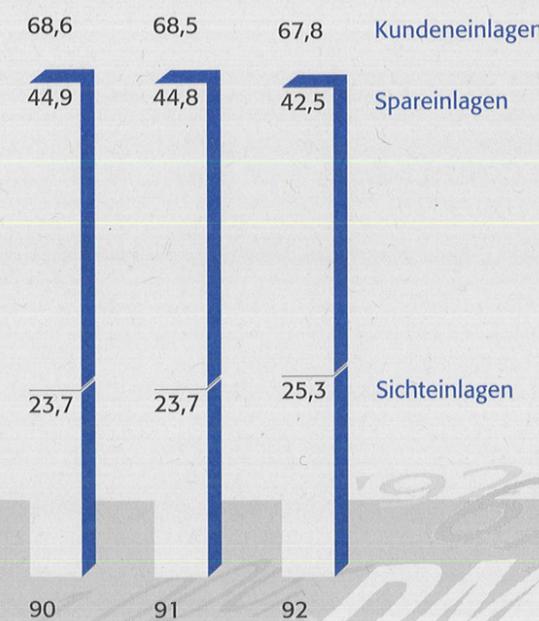
Der Bereich „Aktivgeschäft“ wurde in zwei eigenständige Abteilungen „Geldhandel, Liquiditätsmanagement“ und „Kapitalmarktgeschäfte“ aufgeteilt. Um den bankenaufsichtsrechtlichen Forderungen nach Trennung von Handel und Abwicklung bei Geld- und Kapitalmarktgeschäften nachkommen zu können, wurde die neue Abteilung „Abwicklung Treasury“ eingerichtet.

Beteiligungen

Ende 1991 wurde die Postbank Data GmbH, Bonn, gegründet. Die Gesellschaft hat 1992 ihren vollen Geschäftsbetrieb aufgenommen. Gegenstand des Unternehmens ist die Beschaffung von Hard- und Software, die Vermietung dieser Systeme an die Postbank und das Erbringen von Wartungs- und Installationsdienstleistungen. 1993 wurden in Erweiterung des Geschäftszwecks zusätzlich die Wahrnehmung von planerischen Aufgaben im Bereich der Datenverarbeitung, das Erbringen von Beratungsleistungen und der Betrieb von technischen Zentren für die Postbank vorgesehen.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurde die Postbank Immobilien und Baumanagement GmbH, Bonn, errichtet. Gegenstand des Unternehmens sind der Erwerb und die

Einlagengeschäft in Milliarden DM



Bewirtschaftung von Immobilien und das Baumanagement sowie Leistungen, die sich hauptsächlich auf Objekte für die Postbank beziehen.

Mit den Vorarbeiten zur Gründung einer Postbank Tochtergesellschaft in Luxemburg wurde begonnen. Gegenstand der Gesellschaft soll zunächst das Geldhandelsgeschäft am Euromarkt für Großkunden sein. Die Gesellschaft wurde mittlerweile am 30. April 1993 mit einem Grundkapital von 150 Millionen DM gegründet.

Ertragslage und Eigenmittel

Die Zinserträge beliefen sich im Berichtsjahr auf 5.221 Millionen DM. Hierin sind 256 Millionen DM Zinserträge aus Geldmarktgeschäften für die Schwesterunternehmen enthalten, denen annähernd gleich hohe Zinsaufwendungen gegenüberstehen und die im Vorjahr vergleichbar nicht aufgenommen sind. Nach Kürzung um diesen Betrag ergeben sich Zinserträge von 4.965 Millionen DM, die um 258 Millionen DM, das sind 4,9 Prozent, hinter den vergleichbaren Zinserträgen des Vorjahres zurückblieben. Dieser Rückgang ist zum einen auf die Zinsentwicklung am Geld- und Kapitalmarkt im Berichtsjahr zurückzuführen – im 2. Halbjahr war ein ständiger Rückgang zu verzeichnen – zum anderen aber auch bedingt durch das geringere Anlagevolumen, das im Berichtsjahr zur Verfügung stand.

Die bedeutendsten Einzelpositionen bei den Zinserträgen bilden die Zinsen aus Ausleihungen an die Schwesterunternehmen mit 2.648

Millionen DM sowie die Zinsen aus Wertpapieren mit 1.404 Millionen DM.

Die Zinsaufwendungen stellen sich auf rund 2.199 Millionen DM, nach Abzug der auf die Geldmarktgeschäfte für die Schwesterunternehmen entfallenden Zinsaufwendungen auf 1.944 Millionen DM. Sie sind somit im Vergleich zum Vorjahr im Gegensatz zur Entwicklung des allgemeinen Zinsniveaus nicht gefallen, sondern von 1.896 Millionen DM um 48 Millionen DM oder 2,5 Prozent gestiegen. Hierin schlägt sich die strukturelle Veränderung des Bestandes an Spareinlagen deutlich nieder.

Der Zinsüberschuß ist als Folge der gegenläufigen Bewegung bei den Zinserträgen und -aufwendun-

gen um 305 Millionen DM gesunken und betrug 3.022 Millionen DM. Die Minderung des Zinsüberschusses zeigt an, daß Kompensationsbedarf besteht, sei es durch größeres Volumen, sei es durch Mehrerträge im zinsunabhängigen Geschäft, sei es durch Erweiterung der Produktpalette.

Dieser Bedarf konnte zu einem Teil durch Mehrerträge bei den Provisionen gedeckt werden. Diese erreichten 1.078 Millionen DM und lagen damit um 4,1 Prozent höher als im Vorjahr. Den wesentlichen Beitrag hierzu leisteten die Kontoführungsgebühren.

Der Verwaltungsaufwand betrug 3.871 Millionen DM gegenüber 3.459 Millionen DM im Vorjahr. Dieser Anstieg ist ganz überwie-

gend dadurch verursacht, daß die an Postdienst zu zahlende Abgeltung für Verbundleistungen um volle 340 Millionen DM erhöht wurde. Man muß hierbei würdigen, daß es sich um eine im Interesse einer Lösung der Abgeltungsproblematik unvermeidbare, vorübergehende, aber auch noch 1993 andauernde Belastung handelt. Ohne die Erhöhung der Abgeltung hätte der Verwaltungsaufwand mit 3.531 Millionen DM nur 2,1 Prozent über dem Vorjahresergebnis gelegen.

Dies ist ganz wesentlich eine Folge beharrlicher Ausgaben- disziplin und der nur geringfügigen Steigerung beim Personalaufwand, der trotz einer Erhöhung der Gehälter und Löhne um rund 6 Prozent auf 1.315 Millionen DM begrenzt werden konnte, das sind 3,5 Prozent mehr als im Vorjahr. Hierin schlagen sich die Rationalisierungsanstrengungen nieder, die 1992 zu einer Reduzierung der durchschnittlichen Anzahl der Mitarbeiter um 1.158 Mitarbeiter auf 22.016 Kräfte geführt haben.

Ohne vorübergehende Arbeiten zur Vorbereitung der Zinsabschlagsteuer und von Systemumgestaltungen in den Bereichen Kontoführung und Rechnungswesen wäre der Rationalisierungserfolg noch deutlicher sichtbar geworden.

Bezogen auf den jeweiligen Bilanzstichtag beschäftigte die Postbank zum Ende des Berichtsjahres mit 19.444 Kräften 1.702 Kräfte weniger als zum Ende des Vorjahres (Teilkräfte in Vollkräfte umgerechnet).

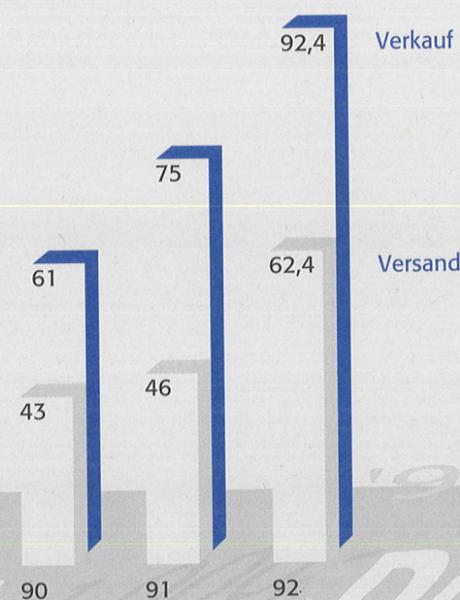
Der Sachaufwand – ausgenommen die Aufwendungen für die Abgeltung an den Postdienst – hat sich insgesamt günstig entwickelt. So haben sich Aufwendungen für Porti usw. um rund 120 Millionen DM verringert. Andere wesentliche Positionen – wie Werbeaufwendungen und Druckerzeugnisse – konnten leicht gesenkt oder – wie Energie, Betriebs- und Bürobedarf, Reinigungs- und Bewachungsaufwand, Reisekosten, Kosten für die Aus- und Fortbildung – auf geringfügige Zunahmen begrenzt oder nahezu konstant gehalten werden.

Betragsmäßig größere Zuwächse waren für die Nutzung eigener und gemieteter Baulichkeiten und vor allem für Mieten, Wartung, Instandhaltung von Anlagen und Geräten

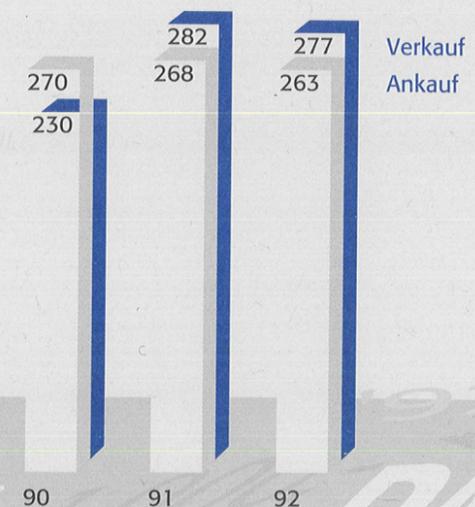
der Datenverarbeitung zu verzeichnen.

Infolge der Auslagerung der Hard- und Software auf die Data GmbH sind die Aufwendungen für den Bereich der Informationsverarbeitung im wesentlichen Mieten. Diese Mieten liegen als Folge des Übergangs auf übliche, verkürzte Abschreibungszeiträume über den vergleichbaren Aufwendungen des Vorjahres. Sie machten zusammen mit den Aufwendungen für die Wartung und Instandhaltung dieser Anlagen rund 207 Millionen DM aus und haben sich damit gegenüber dem Vorjahr mehr als verdoppelt. Zu einem Teil ausgeglichen wird dieser Mehraufwand durch eine Minderung der Abschreibungen um rund 34 Millionen DM.

Direktverkauf und Versand von Reiseschecks
in Millionen DM



An- und Verkauf von Sorten
in Millionen DM



Die Ablieferung an den Bund betrug 338 Millionen DM (Vorjahr: 351 Millionen DM). 1992 kommt hier eine Sonderregelung zum Tragen, nach der die Teile der Ablieferung, die auf Erträge aus den neuen Bundesländern entfallen, dem Eigenkapital zuzuführen sind. Dieser Teilbetrag machte 27 Millionen DM aus.

Aus Zinsüberschuß und Provisionsüberschuß abzüglich Verwaltungsaufwand errechnet sich ein positives Teilbetriebsergebnis vor Ablieferung von 216 Millionen DM. Nach der ergebnisunabhängigen und wettbewerbsverzerrenden Ablieferung ergibt sich ein Teilbetriebsergebnis von minus 122 Millionen DM. Das Teilbetriebsergebnis ist damit um rund 670 Millionen DM niedriger ausgefallen als 1991. Die Minderung ist im wesentlichen eine Folge der erhöhten Abgeltung an den Postdienst sowie des geringeren Zinsüberschusses.

Die sonstigen Aufwendungen und Erträge belaufen sich im Saldo auf minus 224 Millionen DM. Die beherrschende Position ist hierbei die Zuweisung zu den Rückstellungen. Darunter befindet sich eine Erhöhung der im Vorjahr gebildeten Rückstellung für Neustrukturierungsmaßnahmen von 298 Millionen DM.

Nach § 37 Abs. 3 des Postverfassungsgesetzes ist zwischen den Postunternehmen ein Finanzausgleich vorzunehmen, wenn nicht jedes der beteiligten Postunternehmen seine Aufwendungen aus eigenen Erträgen decken kann. Ein solcher Ausgleichsbedarf besteht für die Unternehmen Postdienst und Postbank.

Der Jahresüberschuß von Telekom reichte nach Abzug der von Telekom zu leistenden Ablieferung an den Bund in Höhe von rund 5 Milliarden DM nicht aus, diesen Finanzausgleich voll zu bedienen. Die auszugleichenden Beträge mußten deshalb gekürzt werden.

Daher ergibt sich nach Einstellung eines Finanzausgleichs von 173 Millionen DM ein Verlust von 173 Millionen DM, der auf neue Rechnung vorgetragen wurde.

Das ausgewiesene Eigenkapital blieb daher ungeschmälert. Wegen der Zweckbindung der auf die neuen Bundesländer entfallenden Teile der Ablieferung erhöhte es sich um 27 Millionen DM auf nunmehr 4.074,9 Millionen DM. Bezogen auf die Bilanzsumme sind das 5,24 Prozent. Unter Berücksichtigung des Verlustvortrages stellt sich die Eigenkapitalquote auf 5,03 Prozent (Vorjahr: 5,19 Prozent).

Ertragslage und Finanzausgleich

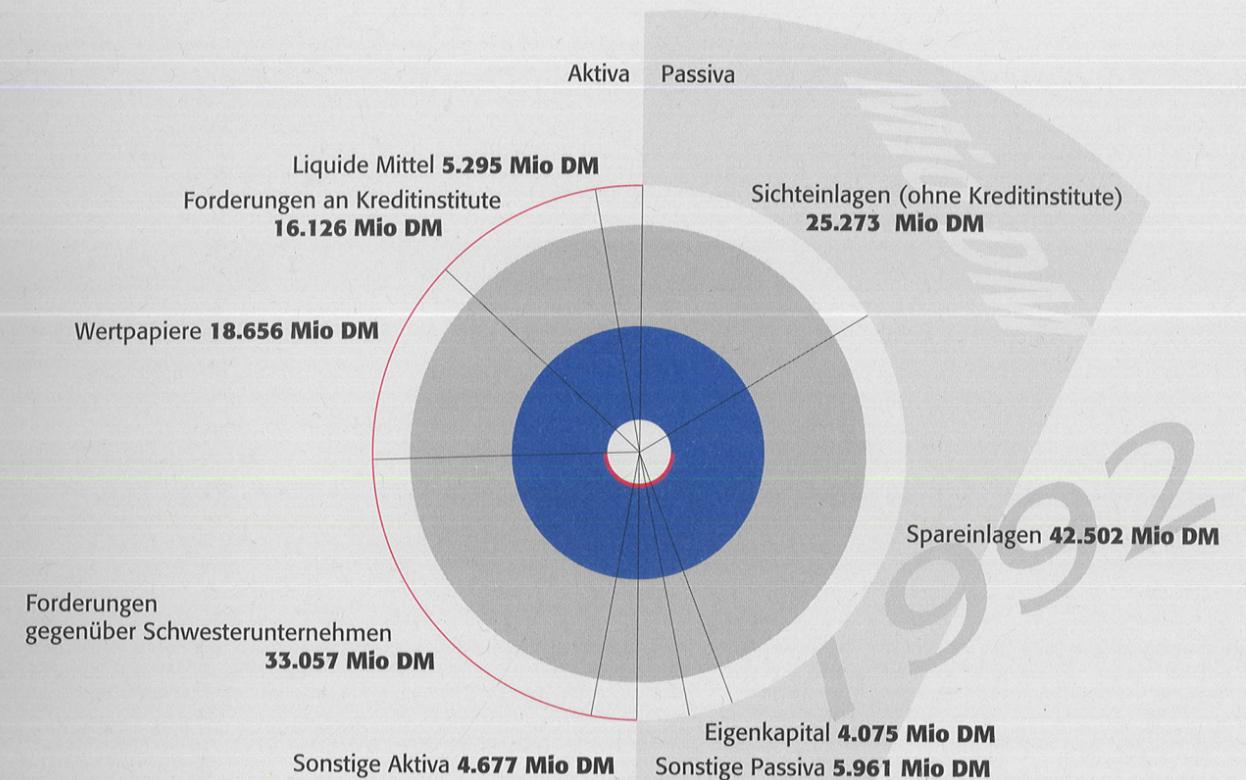
Der Finanzausgleich ist nach § 37 Postverfassungsgesetz grundsätzlich immer dann zulässig, wenn dadurch Wettbewerbsmöglichkeiten anderer Unternehmen ohne sachlich gerechtfertigten Grund nicht beeinträchtigt werden. Diese Voraussetzung ist für den 1992 vorgesehenen Finanzausgleich wie auch in den Vorjahren gleichermaßen erfüllt.

Die Notwendigkeit eines Finanzausgleichs ergibt sich nahezu vollständig aus der ergebnisunabhängigen Ablieferung an den Bund, die mit 338 Millionen DM das Gesamtergebnis vollständig aufzehrt. Die Ablieferung stellt eine Belastung dar, die den übrigen Teilnehmern am Wettbewerb nicht auferlegt ist.

Im übrigen hat das Oberlandesgericht Stuttgart in der Betätigung der Postbank keine zweckwidrige und mißbräuchliche Verwendung der der öffentlichen Hand zur Verfügung stehenden Mittel erkennen können und die Klage von Privatbanken, die sich u. a. auch auf einen nach Meinung der Klägerinnen unzulässigen Finanzausgleich gründete, in erster Instanz abgewiesen.

Struktur der Bilanz 1992

Bilanzsumme 77.811 Mio DM

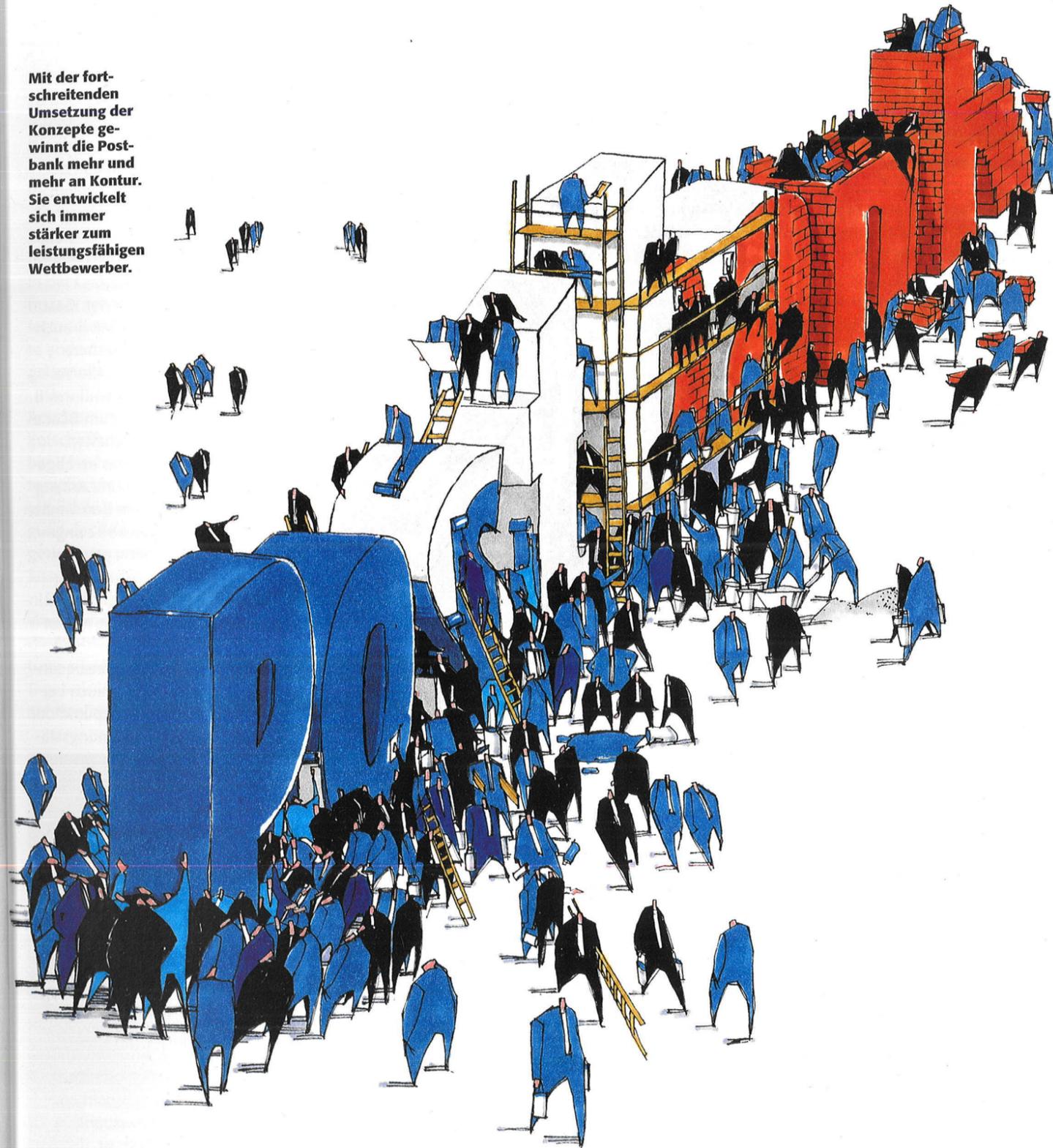


Ausblick

Die Ertragseinbußen im Berichtsjahr sind ein deutliches Signal gleichermaßen für die unbeirrt betriebene Ausweitung des Produktangebots wie für die Notwendigkeit des drastischen Neustrukturierungs- und Sanierungsprogramms. Die Erhöhung der Abgeltung an Postdienst, die Zinsentwicklung und die Restriktionen in der Angebotsgestaltung verzögern die wirtschaftliche Gesundung der Bank. Der Erfolg des Sparbuchs 3000 plus und die Reaktion auf die Portomaßnahmen zeigen, daß die Bank weiterhin mit der Treue ihrer Kunden rechnen kann. Das Neustrukturierungs- und Sanierungsprogramm wird ein Kostensenkungspotential von 800 Millionen DM erschließen. Angesichts dieser positiven Befunde weiß sich die Bank weiterhin auf Kurs und geht davon aus, daß sie zur Mitte des Jahrzehnts ihre Ertragslage normalisieren und ein gesundes Wachstum ansteuern kann.

Durch klare Konturen stärker im Wettbewerb

Mit der fortschreitenden Umsetzung der Konzepte gewinnt die Postbank mehr und mehr an Kontur. Sie entwickelt sich immer stärker zum leistungsfähigen Wettbewerber.



Das dritte Jahr der Selbständigkeit hat deutlicher denn je gezeigt, wie sehr der künftige Erfolg der jungen, in nicht leichter Zeit in die Eigenständigkeit entlassenen Postbank davon bestimmt wird, daß sie auch und gerade in der Phase des Wandels und der Neuorientierung ihr eigentliches Wesen behält. Dieses Wesen ist traditionell kundenorientiert.

Ein Höchstmaß an Dynamik ist zusätzlich gefordert, seit das Poststrukturgesetz 1989 die Entwicklung von den Postbankdiensten zur Postbank einleitete. Zu bewältigen war danach nicht nur ein enormes Pensum an unternehmerischer Grundlagenarbeit zur strategischen Neuausrichtung des Unternehmens, sondern, in der Folge der deutschen Vereinigung, auch die Integration der Deutschen Post Postbank der ehemaligen DDR mit der Postbank.

Kundenorientierung im Vordergrund

Parallel dazu wurden im Berichtsjahr wie auch schon 1991 Schritte für wichtige Teilabschnitte der Konzeptionen im Marketing, im Vertrieb, in der Preis- und Produktpolitik sowie der Datenverarbeitung realisiert. Sichtbares Zeichen der geänderten Marschrichtung ist das visuelle Erscheinungsbild, das unverwechselbar die neue Identität der Postbank akzentuiert.

Kundenorientierung ist die erste Voraussetzung, die erfüllt werden muß, wenn die Postbank ihre erklärten Ziele in den kommenden Jahren erreichen will.

Welch große Herausforderung dies in letzter Konsequenz darstellt, wird vor dem Hintergrund der Konjunkturabschwächung deutlich, die ab der zweiten Jahreshälfte 1992 auch Deutschland erfaßte.

Daß die neue Strategie der Postbank, in Verbindung mit ihren besten tradierten Werten, lohnende Perspektiven und gute Marktchancen eröffnet, belegen die Ergebnisse im Berichtsjahr, wie auch der bisherige Verlauf des Geschäftsjahres 1993. Es ist zu wünschen, daß die Bilanz vor dem Hintergrund der historisch bedingten, nach wie vor restriktiven Rahmenbedingungen, unter denen die Postbank arbeiten muß, richtig interpretiert wird.

Postbank AG bleibt das Ziel

Schaden nimmt ein Unternehmen allerdings dann, wenn notwendige Fortentwicklungen aufgrund äußerer Einflüsse nicht im erforderlichen Umfang und zum richtigen Zeitpunkt realisiert werden können. Im Interesse der Postbank muß deshalb allen Entscheidungsträgern daran liegen, die mit der Postreform I begonnene Phase zu überwinden und die Verhandlungen über eine Postreform II entscheidend voranzubringen. Sie ist unverzichtbar für die Ausweitung des Handlungsspielraums und damit letztlich entscheidend für die Entwicklung der Postbank zu einem gesunden, aus eigener Kraft existenzfähigen Unternehmen.

Nur eine Postbank AG bietet letztlich die Möglichkeit der unternehmens- und marktgerechten Entwicklung aus der historisch gewachsenen Ausgangsposition heraus. Kooperationen mit leistungsfähigen Finanzdienstleistern werden dann möglich.

Mit anderen Worten: die Umwandlung der Postbank in eine Postbank AG in naher Zukunft ist eine zwingende Voraussetzung, der Postbank und ihren 1996 noch 12.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im zunehmend härter wer-

denden Wettbewerb eine Zukunft zu sichern.

Die Postbank hat in der Vergangenheit den Willensbildungsprozeß mit umfassender Information der politischen Entscheidungsträger begleitet und in angemessener Form auf die Dringlichkeit des Vorhabens hingewiesen. Entscheiden muß aber der Eigentümer.

Neue Impulse, die für den Gesundungsprozeß der Postbank brauchbare oder auch nur vertretbare Lösungen weisen, haben die Verhandlungen über die Postreform II im Berichtsjahr und bis zum Bilanzstichtag jedoch kaum erhalten.

Ein anderes Thema, das im abgelaufenen Geschäftsjahr und Anfang 1993 für Schlagzeilen in den Medien sorgte, war die im Mai 1992 angestregte Klage von neun privaten Banken gegen die Postbank. Der Unterlassungsanspruch der Klägerinnen wandte sich gegen die neuen Leistungen, die von der Postbank 1991 eingeführt wurden, insbesondere das Dispolimit, aber auch Leistungen, die sich zum Zeitpunkt der Bankenklage noch im Planungsstadium befanden bzw. im laufenden Jahr am Markt eingeführt werden.

Grenzen des Postverfassungsgesetzes nicht verletzt

Die Begründung der Klägerinnen: Es handele sich um eine Leistungserweiterung über die durch das Grundgesetz und das Postverfassungsgesetz gesteckten Grenzen hinaus.

Die Klage wurde am 27. Januar 1993 vom Landgericht Stuttgart in vollem Umfang als unbegründet abgewiesen. In seiner Urteilsbegründung stellte das Gericht eindeutig fest, daß die Postbank „... kraft Gesetzes gehalten ist, die Nachfrage der Bürger unter Berück-

sichtigung der Markterfordernisse zu decken...“. In Wahrnehmung ihrer Aufgabe habe sie sich am Wettbewerb zu beteiligen.

Die Postbank hatte einen anderen Richterspruch nicht erwartet. Ein „Freibrief für eine Vollbank“ ist die Entscheidung nicht, aber sie bestätigt das Recht auf Handlungsfreiheit in der Geschäftspolitik. Ob in zweiter Instanz nach der inzwischen eingelegten Berufung durch die Gegenseite anders entschieden wird, kann gelassen abgewartet werden.

Den Richtern gebührt im übrigen Anerkennung für den Wortlaut ihrer Entscheidungsbegründung. Die Postbank fand in ihr eine bemerkenswerte treffende Interpretation ihres gesetzlichen Auftrags und eine Bestätigung des Anspruchs, daß sie nicht gezwungen werden darf, mit „Fußfesseln“ den Wettbewerb zu bestreiten.

Eine schwere Belastung auf dem Weg in die Rentabilität ist auf Sicht die Problematik der Schalterabgeltung an den Postdienst, die das Ergebnis in der Übergangsphase bis zur Realisierung der bereits defi-



Blick in den Innenhof des neuen Gebäudes der Postbank Generaldirektion in Bonn.

Der Umzug in die Friedrich-Ebert-Allee wird mit einem Sommerfest gefeiert. Im



Mai 1992 hatten hier bereits 450 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihren Arbeitsplatz.



nierten Vertriebsstrategie und des langfristig von Postdienst und Postbank gewollten Verrechnungsmodus überproportional belastet.

Das Direktorium – die Vorstandsvorsitzenden von Telekom, Postdienst und Postbank – hat sich im Januar 1993 „mehrheitlich“ über die Postbank-Vorstellungen hinweggesetzt. Die für das Berichtsjahr angesetzten Kosten in Höhe von 1,392 Milliarden DM bleiben dabei zwar noch im Rahmen des vom früheren Postminister Christian Schwarz-Schilling vorgeschlagenen Kompromisses, doch für 1993 hat das Direktorium eine Erhöhung auf 1,8 Milliarden DM, mindestens jedoch 1,44 Milliarden DM, beschlossen. Der exakte Abführungsbetrag soll nach der Zahl der tatsächlichen Postbank-Transaktionen an den Postschaltern zum Jahresende festgelegt werden. Der Vorstand der Postbank hat diesem Beschluß im Blick auf die zu erwartenden negativen Auswirkungen auf die Bilanz 1993 und danach nicht zugestimmt, muß sich ihm gleichwohl aber unterwerfen. Neben dem eigenen Sanierungsbedarf wird die Postbank damit verpflichtet, auch zum Sanierungsbedarf des Postdienst-Vertriebsnetzes beizutragen, das im europäischen Vergleich um den Faktor zwei übersteuert ist.

Die Abgeltung wird sich am Wettbewerb ausrichten

Aber: Die Preisfindung, die bisher auf der Grundlage der internen Leistungs- und Kostenrechnung erfolgte, soll spätestens nach einer fünfjährigen Übergangsfrist ab 1997 im Sinne einer Abgeltung zu Marktpreisen gestaltet werden. Mit anderen Worten: Spätestens nach einer Übergangsphase von fünf

Jahren wird sich die Abgeltung von Verbundleistungen zwischen Postbank und Postdienst nicht mehr an den historischen Ist-Kosten, sondern an den Bedingungen von Markt und Wettbewerb ausrichten.

Zwar hat das Direktorium gleichzeitig dem Postdienst für 1993 eine Produktivitätssteigerung um 7 Prozent aufgetragen, so daß die Schalterkosten auch für die Postbank entsprechend sinken. Um aber die Belastung deutlich reduzieren zu können wird die Postbank selbst aktiv werden müssen. Einen Weg stellt die beschleunigte Einrichtung sogenannter „Blauer Schalter“ im Postamt mit postbankeigenen Mitarbeitern an zentralen Standorten großer Städte dar.

Deren Einrichtung ist Bestandteil des Direktoriumsbeschlusses.

Eine weitere Maßnahme stellt die zügige Erhöhung der Zahl der Geldausgabeautomaten dar.

Ausgeglichenes Ergebnis nicht vor 1995

Vor dem Hintergrund des Direktoriumsbeschlusses sind die bisherigen Gewinnprognosen für die Jahre ab 1993 hinfällig. Es steht jetzt zu erwarten, daß ein ausgeglichenes Ergebnis frühestens 1995 zu erreichen ist.

Unter dem Strich weniger belastend als der Direktoriumsbeschluß, bleiben die Gelddienste gleichwohl ein schwerwiegender Negativfaktor in der Postbank-Bilanz. Unter diese Dienste fallen im wesentlichen Postanweisungs- und Zahlungsanweisungsdienst. Dieses geschichtlich gewachsene, faktische Monopol, in das aber andere Geldinstitute, schon gar nicht die neun Klägerinnen, aus gutem Grund nicht einbrechen wollen, verursachte aufgrund der hohen Kosteninten-

sität und der relativ geringen Gebühren 1992 wiederum spürbare Verluste. Hier ist die Preispolitik als Lenkungsinstrument noch nicht im gewünschten Umfang wirksam geworden.

Noch in diesem Jahr erwartet die Postbank den Erlaß einer Rechtsverordnung, die sie von der gesetzlichen Verpflichtung zu diesem bankentypischen Bargeldtransportgeschäft freistellt.

Das wäre ein weiterer der vielen Schritte auf dem Weg zu einem handlungs- und leistungsfähigen Wettbewerber im Bankensektor.

Wieviele große und auch kleinere Schritte notwendig sein werden, um die „neue“ Postbank für unsere Kunden tagtäglich erfahrbar zu machen, verdeutlichen einige Zahlen aus dem Finanzmarktpanel der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) zur Mitte des Berichtsjahres:

Im Neugeschäft von Bankdienstleistungen entscheiden sich 57 Prozent der deutschen Haushalte für die Postbank – wegen ihrer guten Erreichbarkeit. Das ist gut. Aber: Lediglich 6 Prozent der Haushalte, die bereits Postbank-Kunde sind, bezeichnen die Postbank als ihre Hauptbankverbindung. Das ist unbefriedigend. Es ist zwar aufgrund des Status als Spezialdienstleister im Einlagen- und Zahlungsverkehrsgeschäft vorerst nicht in Gänze abzustellen – aber es ist verbesserungsfähig.

Daran arbeitet die Postbank.

Die Postbank orientiert sich dabei an dem sich wandelnden Marktumfeld im Finanzdienstleistungssektor sowohl auf der Anbieter- als auch auf der Nachfrageseite.

Die zunehmende Deregulierung und Öffnung der Finanzmärkte, das Eindringen branchenfremder, zunehmend auch ausländischer An-

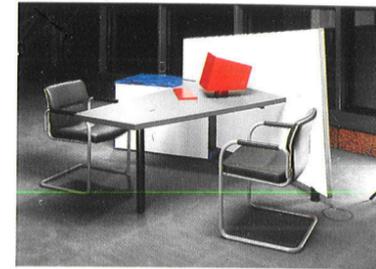
bieter, wesentliche Leistungserweiterungen in die Breite und in die Tiefe sind nur einige der Faktoren, die den Wettbewerb enorm verschärfen. Neben der Qualität der Leistung – die nicht zuletzt von der Qualität der Mitarbeiter abhängt – wird die Kostenstruktur zum mitentscheidenden Erfolgsfaktor.

Nicht minder einschneidend sind die Veränderungen auf der Kunden-seite. Mobiler, kritischer, anspruchsvoller, erfahrener im Umgang mit Banken, dazu zins- und servicebewußt – so etwa präsentiert sich der moderne Verbraucher von Finanzdienstleistungen heute. Dies in Verbindung mit dem stark angewachsenen Geldvermögen der Bundesbürger hat zu einem veränderten Sparverhalten mit steigender Tendenz zu höherverzinslichen Anlagen geführt.

Die Postbank hat – im Berichtsjahr wie auch schon davor – Märkte und Marktteilnehmer, das Konkurrenzumfeld und den Stand der Dinge im Unternehmen gründlich von internen und externen Spezialisten analysieren lassen. Der aus



So will sich die Postbank demnächst ihren Kunden präsentieren. Der Beratungsplatz soll kundenfreundlich und offen sein.



Die Führungskräfte der Postbank bei der Eröffnung der ersten Zweigstelle im neuen Design. Stuttgart April 93.

Der Arbeitsplatz des Postbank Kundenberaters. In diskreter Atmosphäre können hier Gespräche über Spareinlagen, Investmentfonds oder Kapital-Lebensversicherungen geführt werden.

den Analyseergebnissen entwickelte Maßnahmenkatalog ist umfassend. Er beinhaltet sämtliche Aktivitäten und Ebenen der Bank und reicht von der klaren Aufgabenverteilung auf Vorstandsebene über die Neuorganisation der Niederlassungen bis hin zur Mitarbeiterschulung und Anpassung unserer Begriffswelt an die Bankterminologie. Nur durch seine konsequente Umsetzung kann es gelingen, die Postbank dem Marktstandard anzunähern.

Anschluß an Verbrauchertrends gefunden

Ausgesprochen lebendig dürfte sich in Zukunft die Angebotspolitik gestalten. Bereits im Berichtsjahr ist es teilweise gelungen, Anschluß an die Verbrauchertrends zu finden. Neben dem 1991 eingeführten Dispolimit und „Sparen mit festem Zins“ sind Postbank Card und Bargeldservice, die Eurocard in Eigenemission sowie Sparbriefe und vor allem das Sparbuch 3000 plus wichtige Elemente zur Gewinnung neuer Kunden und zur langfristigen Bindung bestehender Kunden an das Unternehmen. Grundvoraussetzung für eine angemessene Gewinnerzielung, wie der Gesetzgeber sie der Postbank aufträgt.

Seit März dieses Jahres ist die Postbank im Lebensversicherungsgeschäft aktiv, ein Angebot im Investmentspar-Bereich soll noch gegen Ende 1993 folgen.

Wie wichtig und richtig diese Angebotsentscheidungen sind, belegt die Einlagenentwicklung 1992 wie auch im bisherigen Verlauf 1993, an der die Markttendenzen hin zu höherverzinslichen Anlagen klar zu erkennen sind. Weitere Angebotserweiterungen sind geplant im Bereich der Geldaus-

gabeautomaten, im Kartengeschäft und im Btx-Homebanking.

Diese Angebotspolitik wird von einer neuen Preispolitik begleitet. Dabei muß beachtet werden, daß die konkurrenzfähigen Preise der Postbank mit Blick auf das gestiegene Preis-/Leistungs-Bewußtsein der Bundesbürger ein wesentliches Wettbewerbsinstrument sind. Sie sollen es auch bleiben.

Bei generell sinkenden Margen und steigenden Kosten im Bankensektor wird sich allerdings Preispolitik künftig stärker am Markt wie auch an den Kosten orientieren müssen. Entsprechende Anpassungen wurden im Berichtsjahr mit Augenmaß vorgenommen. Die Preiserhöhungen sind vom Markt angenommen worden.

Der langfristige Erfolg am Markt wird aber nicht zuletzt auch davon abhängen, inwieweit es gelingt, den nach außen kommunizierten Neubeginn durch die Strukturmaßnahmen zur Stärkung der inneren Effizienz des Unternehmens abzusichern. Auch daran wurde im Berichtsjahr intensiv gearbeitet.

Die Vorgaben sind Kundentreue, Kundenzufriedenheit und Kosteneffizienz. So muß beispielsweise die gesamte, in die Jahre gekommene EDV im Zuge der verstärkten Technisierung und Automatisierung moderner Banktechnologie weichen.

Bündelung der Kräfte

Im Vorstandsbereich 2 sind Technik und Kompetenz zur Entwicklung und Pflege von Arbeitssystemen gebündelt. Hier liegt auch die Verantwortung für das Mitte 1991 eingeführte Projekt KORDOBA („Kundenorientiertes Dialogsystem für Bankgeschäfts“), dessen Schritt 2 im Girogeschäft noch vor Ende

1993 umgesetzt werden soll. Die vorgezogene Konzentration der Rechenzentren von heute 18 auf fünf Standorte sowie die Schaffung eines „Zentralen Controlling“ (Vorstandsbereich 3) sind weitere wichtige Maßnahmen zur Optimierung unserer inneren Struktur und Anpassung an das Kostenniveau des Wettbewerbs.

Ein modernes, standardisiertes Kontoführungssystem wird die Produktivität deutlich verbessern.

Im Vertrieb setzt die Postbank sowohl in technisch-organisatorischer als auch in personeller Hinsicht völlig neue Akzente, wobei das stationäre Fundament weiter der Vertriebsverbund mit dem Postdienst in der Fläche bleibt. Die Verbundvorteile aus der hohen Präsenz im Markt sollen im Interesse unserer Kunden weiter genutzt werden.

Im Direktvertrieb liegt die Chance

Die 1992 implementierte Neuorganisation der Niederlassungen ermöglicht es, vorhandene Potentiale der Produktivitätssteigerung und Kostenreduzierung auszuschöpfen. Im Zentrum der Bemühungen stehen jetzt die Verbesserung der Vertriebssituation an den Schaltern durch forcierten Ausbau der EDV-technischen Unterstützung, die Ausweitung des Selbstbedienungsangebots und die konsequente Nutzung der Wachstumschancen unserer Services im Direktvertrieb (Telefon Banking, Btx, Direktmarketing).

Kernstück des Vertriebskonzeptes und eine der obersten Prioritäten sind Motivation und Qualifikation der Mitarbeiter, die die Postbank-Leistungen an den Schaltern erbringen. Auch hier muß die Post-

bank neue Wege gehen. Positive Erfahrungen wurden im Berichtsjahr mit einem Pilotprojekt gemacht, bei dem Vertriebsbeauftragte zur Schulung und Information von Postdienst-Mitarbeitern für die Privatkundenberatung eingesetzt wurden.

Im Firmenkundenbereich ist die direkte Kundenberatung weiter die Hauptaufgabe speziell ausgebildeter Berater.

Eine neue Abteilung Kundenservice wird den Kontakt zwischen Niederlassung und Kunde entscheidend verbessern.

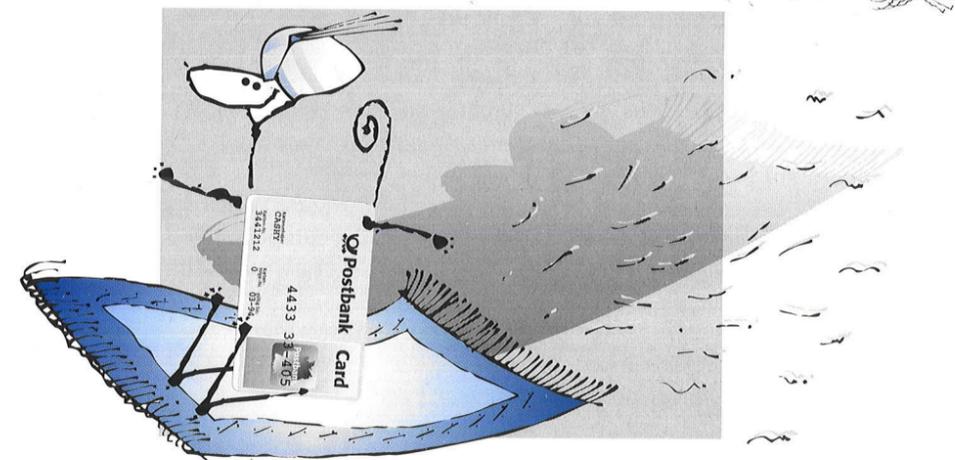
1992 war auch geprägt von spannender Erwartung des gemeinsamen Binnenmarktes, der gleichwohl noch kein „Europa der Postbanken“ ist. Zu groß sind die Unterschiede in den Entwicklungsstadien der Postbanken in den einzelnen EG-Mitgliedsländern: Das Spektrum reicht von der Einproduktbank bis hin zum Allfinanzkonzern.

Allgemein läßt sich feststellen, daß der bislang im Mittelfeld platzierten deutschen Postbank mit den wichtigen Entwicklungsschritten im

Einfach „herzig“:
die Telefonkarte
der Postbank



Cashy heißt die
Sympathie-Figur in
der Bankpost.
Sie soll die eher
trockenen Themen
auflockern.



Bankpost

Die Zeitung der
Postbank für die
Mitarbeiterinnen
und Mitarbeiter
Mai 1993

Namen und Nachrichten

Postbank Card auch für Firmenkunden
In einem ersten Schritt sollen Firmenkunden die Postbank Card auf Antrag bei neu eröffneten Postbank Girokonten erhalten. Zusätzlich werden bereits vorliegende und neue Konten bearbeitet. Die Postbank Card ist auf eigenen Antrag an Firmenkunden zu bestellen.
■ Zu neu eröffneten Postbank Girokonten, wenn der Kunde vertritt, daß er Bargeld abbauen möchte.
■ Zu bestehenden Postbank Girokonten (Aktivkonten), wenn die Postbank Card bereits angefordert wurde.
Grundsätzlich muß der Firmenkunde je Postbank Card einen Kartennutzer benennen und die Anzahl der Karten angeben, die er benötigt. Maximal können jedem Geschäftskonto acht Karten zur Verfügung gestellt werden. Die noch zwei Kartennutzer sind Ausnahmefälle, wie beispielsweise beim Verkauf einer Karte, vorhanden.

Stuttgarter Zweigstelle setzt Blaue Zeichen

Postbank mit neuem Auftritt
Am 22. April wurde am Kleinen Schloßplatz 4 die erste einmündige „Blau“ Postbank Zweigstelle eröffnet. Die Postbank zeigt mit diesem Pilotprojekt auf 300 Quadratmetern erstmalig das neue Erscheinungsbild mit einem völlig selbstständigen Auftritt. Postbankchef Günter Schneider, Stuttgarter Oberbürgermeister Manfred Rommel sowie Niederlassungsleiter Kurt Niehammer würdigten in ihren Reden die Bedeutung der Postbank im allgemeinen, deren Präsenz in der Wirtschaftsmetropole Stuttgart im besonderen sowie die überaus gelungene und rasche Vollendung des Bauvorhabens.

Auf einen Blick:
Die Postbank Stuttgart

Girokonten	286.019
Dauersparpläne	124.333
Ausgegeben Postbank Cards	212.155
Ausgegeben Sparkassen Karten	62.850

Alte Schalterhalle war viel zu klein
Die bisherige Schalterhalle der Postbank Stuttgart wurde 1982 erstmalig ihrer Bestimmung übergeben. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte das damalige Postprogramm nur zwei bis drei Schalter an Post-

Inhalt

- Die Postbank muß nicht zuletzt nach der Öffnung des Europäischen Binnenmarktes mehr denn je auf aktuelle Veränderungen des Marktes reagieren. Aus dem Aktiv-Auswahl-Spar hat sich der Auswahl-Markt entwickelt.
- Das Bauprojekt der Postbank Geschäftsentwicklung liegt nach dem ersten Quartal dieses Jahres eine erfreuliche Tendenz.
-

Das Glanzstück der innerbetrieblichen Information: Titelseite der Postbank-Mitarbeiterzeitung.

Berichtsjahr und weiter bis zur Herausgabe dieses Berichtes eine weitere Annäherung an die Spitzengruppe der europäischen Postbanken gelungen ist. Die Wettbewerbs- und Kooperationsfähigkeit auf europäischer Ebene – mit allen positiven Synergieeffekten, die sie mit sich bringt – muß deshalb eine der vorrangigen Zielsetzungen unserer Geschäftspolitik bleiben.

Der Arbeitsgemeinschaft von 14 europäischen Postbanken gehört die Postbank seit ihrer Gründung 1990 an. Die Gruppe hat in den letzten Jahren wichtige Anstöße zur Verbesserung des europäischen Zahlungsverkehrs gegeben. So hat sich das Projekt „Eurogiro“ mit der Gründung der Trägergesellschaft, an der die Postbank beteiligt ist, im Februar 1993 weiter konkretisiert. Die inzwischen begonnenen Arbeiten an den Verbindungen mit den einzelnen Ländern sind weitgehend abgeschlossen.

Weitere Angebotserweiterungen sind geplant im Bereich der Geldausgabeautomaten, im Kartengeschäft und im Btx-Homebanking.

„Eurogiro“, das grenzüberschreitende Zahlungsverkehrsnetz der europäischen Postbanken, wird den rund 40 Millionen Privat- und Geschäftskunden der beteiligten Institute europaweit einen außerordentlich zuverlässigen und preiswerten papierlosen Giroverkehr bieten.

Aus dieser Zusammenarbeit wächst das Netz des künftigen „Europa der Postbanken“, in dem sich die deutsche Postbank zu einem Knotenpunkt entwickeln kann und soll.

Die Konzepte für Europa tragen aber noch weiter. Im April 1993 wurde die „Deutsche Postbank International S.A. Luxemburg“ gegründet. Die Tochtergesellschaft

– sie ist die dritte der Postbank – hat am 1. Juli 1993 ihre Tätigkeit im Großherzogtum aufgenommen.

Unter den Gesichtspunkten der Marktentwicklung und der Wettbewerbsfähigkeit am deutschen wie auch am europäischen Markt ist diese strategische Entscheidung richtig und zum rechten Zeitpunkt gefallen. Der Schritt in den Eurogeld- und Kapitalmarkt soll vorrangig der Stärkung der Handlungsfähigkeit in der Funktion als Hausbank für Großkunden, allen voran der Schwesterunternehmen Postdienst und Telekom sowie deren Beteiligungen und Tochtergesellschaften dienen.

Vorteile aus dem Europa-Engagement der Postbank erwachsen auch ihren privaten Kunden.

Die deutsche Postbank wird ihren Part im Konzert der europäischen Postbanken spielen, ebenso wie im Kreis der deutschen Banken, wo der Gesetzgeber durch die Verabschiedung der 4. KWG-Novelle den Status der Postbank als Bank ja bereits „aktenkundig“ gemacht hat.

Das ereignisreiche Geschäftsjahr 1992 hat gezeigt: Mit der fortschreitenden Umsetzung ihrer neuen Konzepte gewinnt die Postbank als eigenständiges Unternehmen mehr und mehr an Profil. Allerdings wird politische Unterstützung für unsere Pläne unentbehrlich sein. Überzeugen will die Postbank alle Zweifler mit effizientem Arbeiten und zielgerichtetem, geschlossenem Handeln im Rahmen einer marktorientierten Geschäftspolitik, die sich mit derjenigen der Wettbewerber in heimischen und europäischen Märkten messen kann.

Eine klare Kontur zeichnet sich ab.

Optimaler Service durch neue Strukturen

Die Postbank ist für ihre Kunden am Schalter des Postdienstes zu erreichen. Was auf den ersten Blick nur vorteilhaft zu sein scheint, ist in Wahrheit mit Nachteilen verbunden. Die Konkurrenz hat den „klassischen“ Präsenzvorteil der Postbank längst ausgeglichen.



1. Der Wettbewerb

Rechtliche Restriktionen setzen der Postbank derzeit enge Grenzen in ihrem Angebotsspektrum. Wie die Bankenklage zeigt, wird ihre Geschäftspolitik mit Argusaugen beobachtet, die längst überfällige und vom Poststrukturgesetz geforderte Angebotsanpassung kommt nur zäh voran.

Gleichzeitig geraten die Margen immer mehr unter Druck, um so mehr, als der Postbank das lukrative Kreditgeschäft derzeit verwehrt ist. Nicht von ungefähr heißen die Banken in der Sprache der Gesetzgeber Kreditinstitute.

2. Das derzeitige Vertriebssystem

Die Postbank setzt ihre Angebote über die Schalter des Postdienstes ab, ihr stationärer Vertrieb ist also ein indirekter. Dabei lassen sich zwar einerseits Verbundvorteile nutzen, andererseits ist unbestritten, daß dieses Netz für die Postbank erhebliche Schwächen hat. Es ist nie auf die Anforderungen der Postbank und ihrer Kunden zugeschnitten worden, es ist mit hohen Vorhaltekosten belastet, es ist unwirtschaftlich.

Was auf den ersten Blick nur vorteilhaft zu sein scheint, ist in Wahrheit mit gravierenden Nachteilen verbunden, insbesondere durch die Tatsache, daß der Wettbewerb den „klassischen“ Präsenzvorteil der Postbank längst durch Automatisierung und das Nutzen anderer Vertriebswege weitgehend ausgeglichen hat.

Dazu kommt eine bislang im Privatkundensegment fehlende Vertriebssteuerung. Bestands- und Umsatzzahlen stehen meist nicht regionalisiert, sondern nur aggregiert auf Bundesebene zur Verfügung. Wie das Geschäft „vor Ort“ aussieht, ist in aller Regel nicht bekannt.

Schließlich befindet sich nicht nur die Postbank im Umbruch, sondern auch der Partner Postdienst. Eine Vielzahl von Abstimmungs-Notwendigkeiten zwischen einer Bank und einem Transportunternehmen ist die Folge. Beide können sich im Vertriebsverbund nicht isoliert voneinander weiterentwickeln, sondern nur mit Rücksicht auf den anderen.

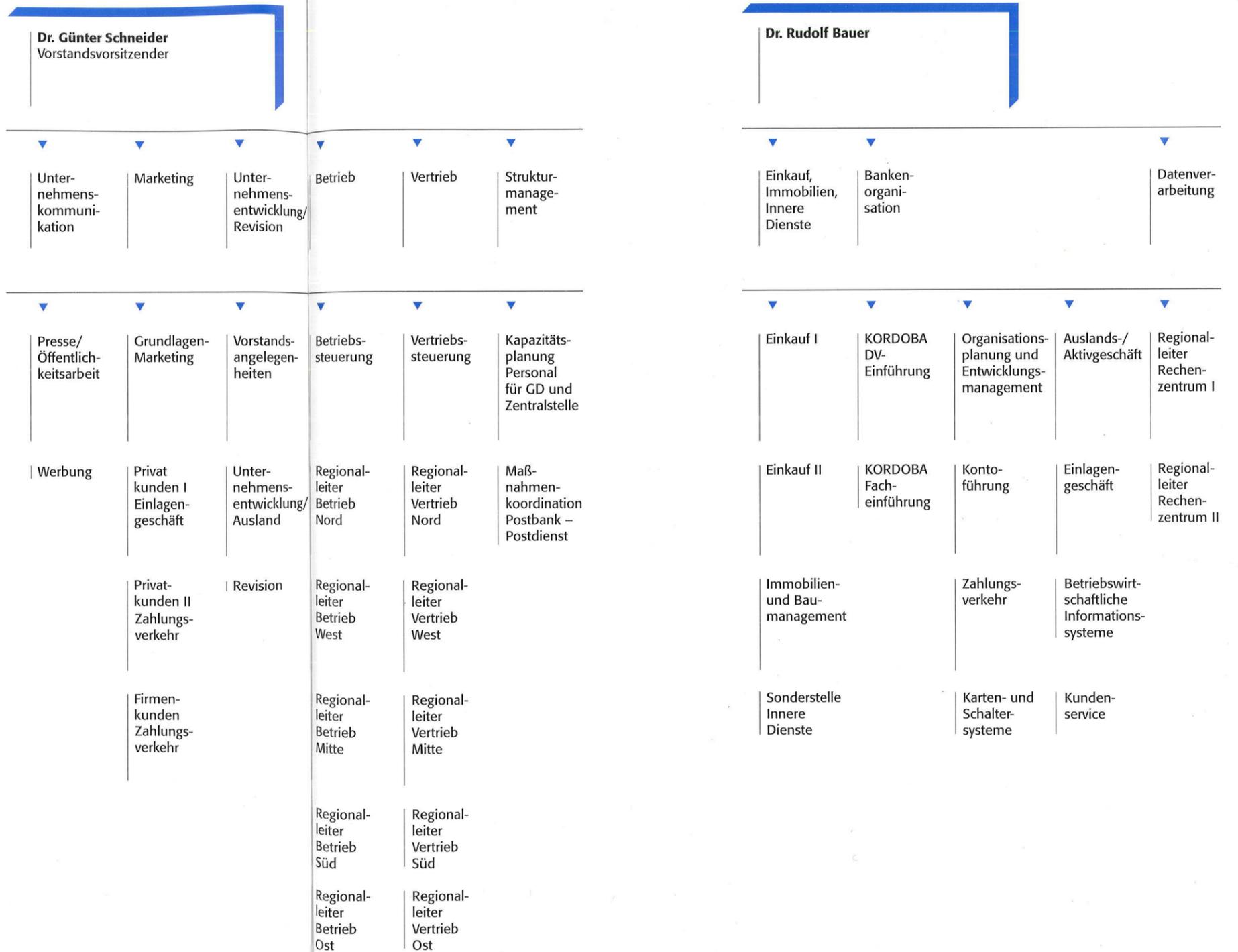
3. Die innere Struktur

Die Kostenstruktur der Postbank ist längst noch nicht wettbewerbsfähig, sie „produziert zu teuer“. Ähnlich wie das Vertriebsnetz der „gelben Post“ im europäischen Vergleich, ist die Produktivität der Postbank nur gut halb so groß wie die ihrer Wettbewerber. Vor diesem Hintergrund hat die Bank 1992 ein tiefgreifendes Umstrukturierungs- und Sanierungsprogramm verabschiedet, das Ende 1996 abgeschlossen sein und die Kostenrechnung jährlich um 800 Millionen DM entlasten wird.

Eine Belastung stellt auch die veraltete Kommunikations- und Organisationsstruktur des Unternehmens dar. Die Konsequenzen: Lange Dienstwege und zu geringe Entscheidungskompetenzen. Unternehmensziele sind damit nur schwer zu vermitteln, eine schnelle Reaktion auf dem Markt wird behindert.

Die Organisation der Postbank Generaldirektion

Vorstand



Dr. Bernhard Zurhorst

	Personal	Recht	Treasury	Rechnungswesen	Zentrales Controlling
Frauenbeauftragte	Grundsätze Personal/ Personalentwicklung	Recht I AGB-Recht	Kapitalmarktgeschäfte	Finanzbuchhaltung	Systembetreuung Analysen
	Personalplanung/ -gewinnung und Berufswege	Recht II Bank- und Postverfassungsrecht	Liquiditätsmanagement	Abwicklung Treasury	Planung/ Ergebnisrechnung
	Berufliche Bildung	Recht III Wettbewerbsrecht	Projektleitung Devisenmanagement	Kassenwesen	Betriebskostencontrolling
	Personalverwaltung	Recht IV Sicherheitsaufgaben	Kreditmanagement für die DBP		Investitions- und Beteiligungscontrolling
	Arbeits- und Tarifrecht				Informationsmanagement
	Personal der GD				

Neue Strukturen

Die Organisation der Postbank

Vorstand

Töchter

Postbank Data GmbH

Postbank Immobilien und Baumanagement GmbH

Deutsche Postbank International S.A. Luxemburg

Generaldirektion

Niederlassungen

Region Nord

Hamburg
Hannover

Region West

Dortmund
Essen
Köln

Region Mitte

Frankfurt
Karlsruhe
Ludwigshafen
Saarbrücken
Stuttgart

Region Süd

München
Nürnberg

Region Ost

Berlin
Leipzig

Postbank
Zentralstelle
Darmstadt

Aufsichtsrat

Die Organisation der Postbank Niederlassungen

Niederlassungsleitung

Leitungsstab

Vertrieb

Außen-
vertrieb
Privat-
kunden

Außen-
vertrieb
Firmen-
kunden

Konto-
führung

Kunden-
service

Konto-
führung
Sonderfälle

Verwaltung

Über-
regionale
Aufgaben

Sozial-
betreuung,
Arbeits-
sicherheit,
Betriebs-
sicherung

Gebäude-
und Sach-
verwaltung

Ressourcen/
Controlling

Personal

Betrieb

Zentrale
Planung

Ein-/
Abgang

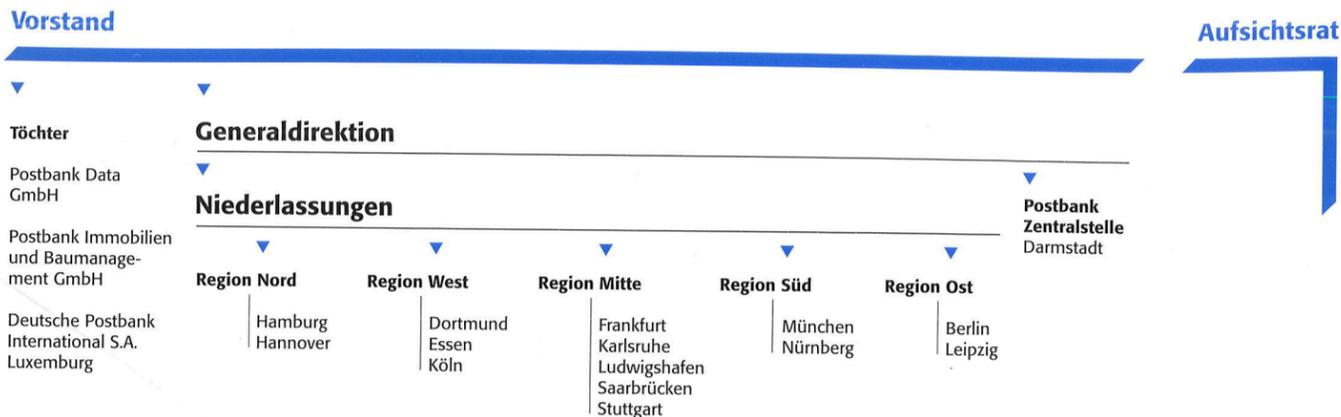
Buchungs-
vorbereitung

Rechen-
zentrum

Qualität
und
Sicherheit

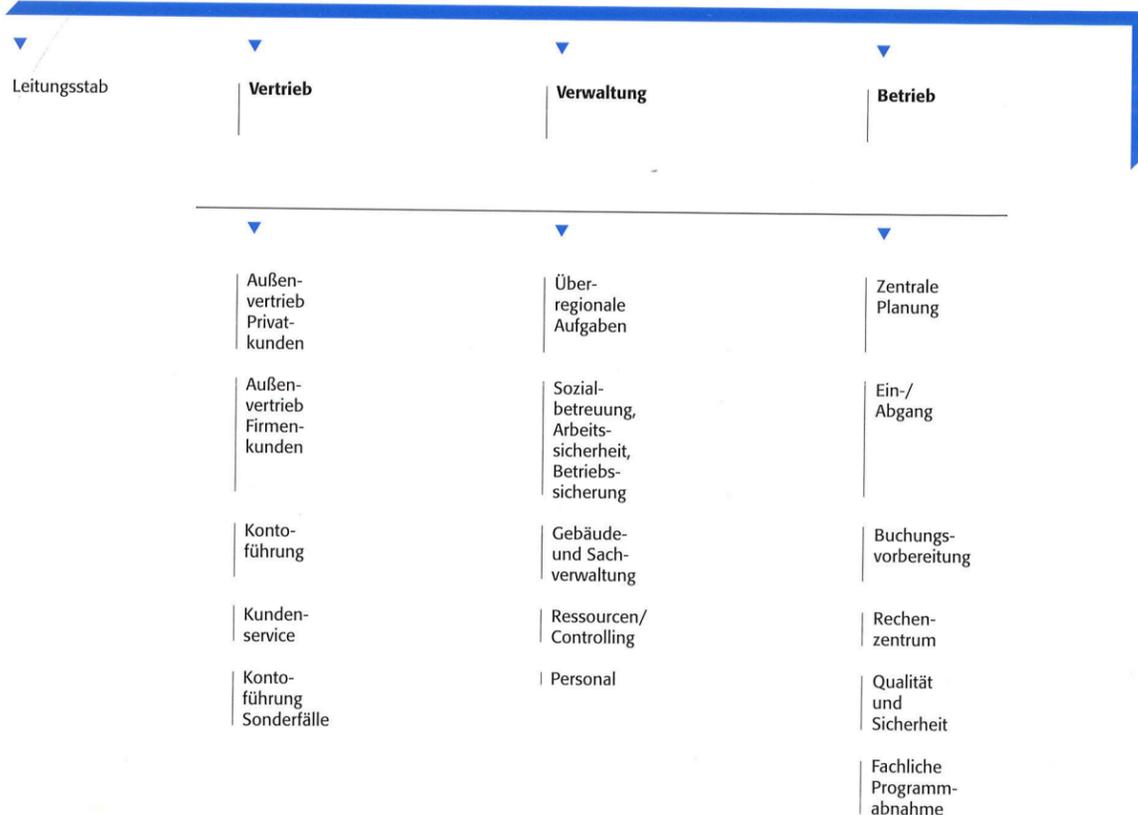
Fachliche
Programm-
abnahme

Die Organisation der Postbank



Die Organisation der Postbank Niederlassungen

Niederlassungsleitung



Ausgehend von dieser Analyse hat die Postbank fünf Thesen zu ihrem Vertriebskonzept verabschiedet:

1. Postdienst und Postbank haben ein gemeinsames Interesse an einer Modernisierung des Vertriebs und an einer Senkung der Vertriebskosten.

2. Es besteht ein gemeinsames Interesse an der Beibehaltung der Vertriebskooperation.

3. Der weitaus größte Teil des Postdienst- und Postbankgeschäfts konzentriert sich an relativ wenigen Standorten. Die Vertriebsbemühungen an diesen Kernstandorten werden verstärkt, ohne daß die Fläche dabei vernachlässigt wird.

4. An diesen Kernstandorten werden eigene Postbank-Schalter eingerichtet.

5. Die Anzahl der Selbstbedienungsgeräte, wie Geldausgabeautomaten und Kontoauszugsdrucker, wird deutlich ausgebaut.

Die Neukonzeption des Innenvertriebs

Die bisherigen Postgiro- und Postsparkassenämter werden umstrukturiert. Oberstes Prinzip ist eine klare Trennung in die Funktionsbereiche „Vertrieb“, „Betrieb“ und „Verwaltung“. Die Sparten Giro und Spar werden – auch in der Datenverarbeitung – zusammengelegt.

Neu ins Leben gerufen wird in jeder Niederlassung die Abteilung „Kundenservice“, die im wesentlichen zwei Aufgaben hat:

1. Alleiniger Ansprechpartner der Kunden für die gesamte Geschäftsverbindung.

2. Entlastung der Betriebsabteilungen und der vertriebsunterstützenden Abteilungen.

Damit soll eine kontinuierliche und im wesentlichen ganzheitliche Bearbeitung der Kundenwünsche gewährleistet werden, telefonisches Weiterverbinden in andere Abteilungen bleibt den Kunden erspart. Der Kundenservice fungiert damit als Bindeglied zwischen Kunde und Betrieb.

Dieser wiederum wird künftig an der Erfüllung von Qualitätsstandards gemessen werden, um den Kunden gegenüber die Dienstleistungsgüte zu garantieren. Für sämtliche Geschäftsvorfälle werden Normen vorgegeben.

Durch die Einführung des Kundenservice und die Aufnahme des Telefonbanking erhält auch der Direktvertrieb als Ergänzung des stationären Vertriebs über die Postschalter ein größeres Gewicht. Die Postbank wird im Direktmarketing aktiver werden.

Die Neukonzeption des Außenvertriebs

Die Postbank setzt auch in Zukunft auf eine enge Kooperation mit dem Postdienst, über dessen Schalter sie ihre Finanzdienstleistungen anbieten will. Darüberhinaus strebt sie aber auch eigene, sogenannte „Blaue Schalter“ in Postämtern an, wie es der Beschluß des Direktoriums vom 11. Januar des Jahres 1993 vorsieht.

Denn ebenso wie der Postdienst sieht die Postbank ein differenziertes Vertriebskonzept vor, um den unterschiedlichen Kundenbedürfnissen und -schwerpunkten besser gerecht werden zu können.

Der Vertrieb der Postbank soll künftig auf zwei Säulen stehen:

1. Dem flächenweiten Vertrieb über Verbundschalter des Postdienstes für einfache, standardisierte Finanzdienstleistungen.

2. Dem Vertrieb am eigenen „Blauen Schalter“ vor allem für anspruchsvolle Finanzdienstleistungen, und für die Basisangebote.

Entsprechend dieser Differenzierung sieht das Vertriebskonzept der Postbank auch zwei Standorttypen vor:

1. Flächenstandorte, an denen der Postbankvertrieb unverändert über die heutigen Verbundschalter abgewickelt wird.

2. Kernstandorte, an denen der Vertrieb von Postbankangeboten über posteigene „Blaue Schalter“ geschieht.

Eine solche Differenzierung nach Verbundschaltern und „Blauen Schaltern“ ist für die Postbank unumgänglich. Dabei erfüllen beide Standorttypen wesentliche Funktionen:

– Der Verbundschalter, den die Postbank vor allem für den Vertrieb von standardisierten Finanzdienstleistungen in der Fläche nutzen will, gewährleistet auch weiterhin eine dichtes Netz von Vertriebseinrichtungen und damit einen wichtigen Vorteil für die Postbank gegenüber ihren Wettbewerbern.

– An den „Blauen Schaltern“, den von der Postbank geführten und gestalteten Schaltern in der Schalterhalle des Postdienstes, werden insbesondere beratungssensitive Finanzdienstleistungen von dafür ausgebildetem postbankeigenem Personal angeboten. „Blaue Schalter“ sind vor allem in Ballungszentren vorgesehen. Der „Blaue Schalter“ ist eine notwendige Ergänzung des Verbundschalters,

da der Verbundschalter einige zunehmend wichtiger werdende Funktionen nicht mehr erfüllen kann:

Hohe Beratungsqualität

Der Vertrieb beratungsintensiver Einlageangebote und besonders die Einführung neuer Angebote kann nur mit qualifiziertem eigenem Personal geschehen.

Eigenständiger Marktauftritt

Die Postbank benötigt, um sich in einem immer härter werdenden Wettbewerb zu behaupten, eine klare, für den Kunden deutlich wahrnehmbare Positionierung, gerade auch bei der dringend notwendigen Einführung neuer Angebote.

Eigene Vertriebssteuerung

Eine flexible, ertrags- und kundenorientierte Steuerung des Vertriebs ist notwendige Voraussetzung für eine erfolgreiche Bank. Dies gilt in besonderem Maße für ein Spezialinstitut wie die Postbank, das die Kunden nur durch bessere Konditionen und durch ein auf die speziellen Bedürfnisse der Kunden zugeschnittenes Dienstleistungsangebot gewinnen und halten kann.

Eigene Schalter sind somit von elementarer Bedeutung für die Postbank, damit sie sich als eigenständige Bank den Kunden und der Öffentlichkeit gegenüber profilieren kann. Eigene Schalter mit eigenem Personal geben der Postbank die Möglichkeit, eine effiziente Vertriebssteuerung aufzubauen und sich schnell Marktveränderungen anzupassen.

Daß dieser Weg erfolgreich ist, zeigen die bisherigen Erfahrungen der Postbankberater. Sie haben eigene Beratungsplätze in den Postämtern, die Kundenresonanz ist positiv.

Um die Kooperation mit dem Postdienst möglichst reibungslos zu gestalten, wird die Postbank bundesweit sogenannte Vertriebsbeauftragte einsetzen. Diese Aufgabe wurde im Mai 1991 pilotiert, im Juli 1992 in der zweiten Phase personell erweitert.

Künftig sollen ca. 140 Vertriebsbeauftragte bundesweit im Einsatz sein. Sie stammen zum Großteil aus den Reihen der bisherigen Postbankberater und sind damit auf ihre neue Aufgabe gut vorbereitet.

Die Vorstände von Postbank und Postdienst haben die folgende Aufgabenbeschreibung der Vertriebsbeauftragten verabschiedet:

1) Vertriebsbeauftragte sollen das Funktionieren der Kooperation zwischen Postdienst und Postbank an den Flächenstandorten des Postdienstes mit Verbundschaltern sicherstellen.

2) Sie sollen den Informationsfluß fördern, die Kräfte des Postdienstes aus erster Hand mit Informationen aus und über die Postbank versorgen.

3) Sie sollen die Erfolgskontrolle von Marketingmaßnahmen durchführen und im Rahmen der Vertriebssteuerung eingesetzt werden.

4) Sie unterstützen die Schalterkräfte des Postdienstes bei Vertriebsmaßnahmen mit dem Ziel, die Geschäftsentwicklung zu fördern.

5) Sie stehen zur Unterstützung der Aus-, Fort- und Weiterbildung der Schalterkräfte zur Verfügung.

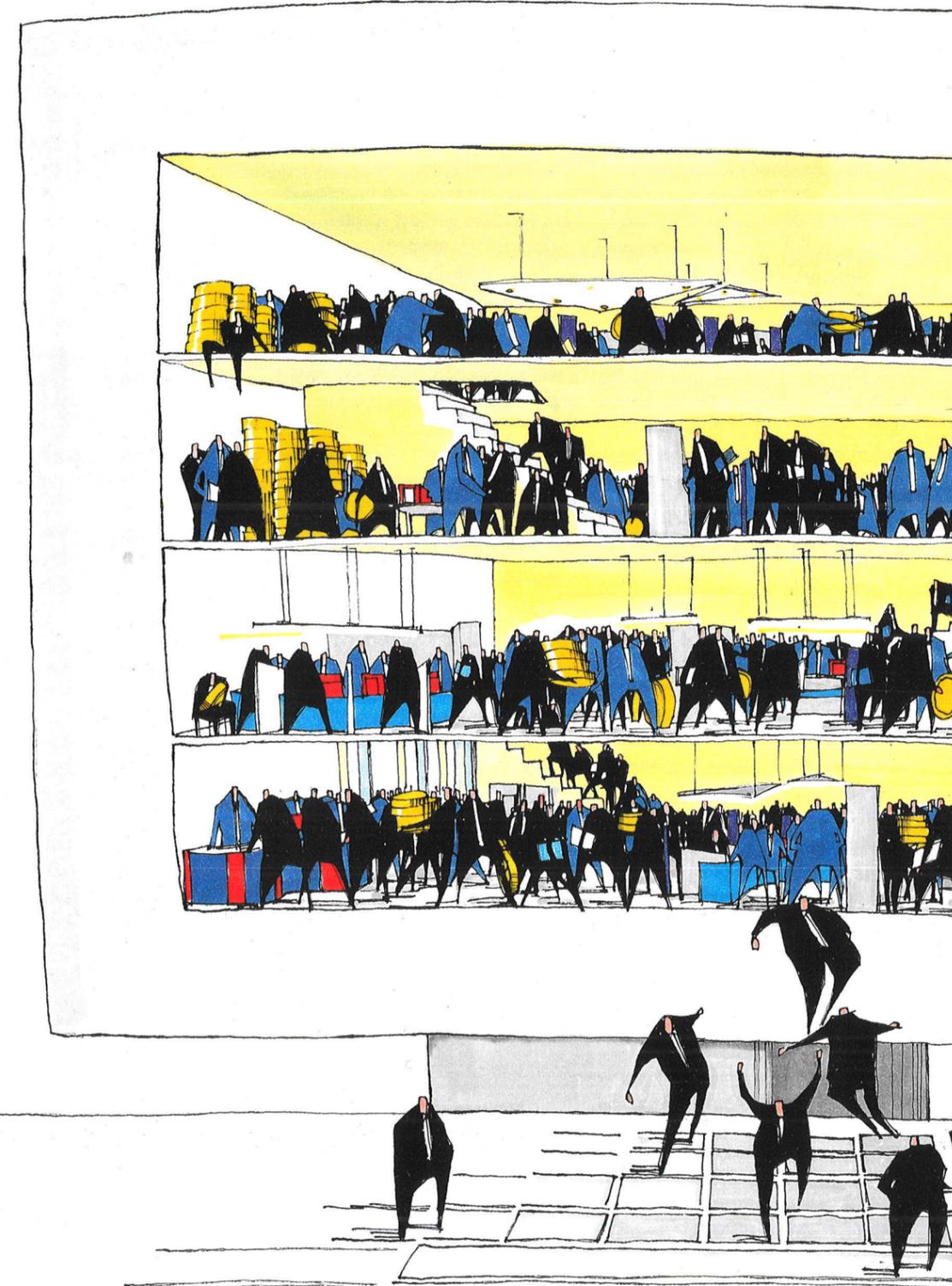
Die Vertriebsbeauftragten sollen unter anderem aus Gründen eines künftigen Zielvereinbarungsprozesses jeweils das gleiche Einlagepotential betreuen, was geografisch allerdings Bereiche unterschiedlicher Größenordnung sowie eine unterschiedliche Zahl der zu betreuenden Zweigstellen impliziert. Rein rechnerisch bedeutet das für jeden Vertriebsbeauftragten die Verantwortung über derzeit gut 280 Millionen DM Einlagevolumen.

Damit ist der erste Schritt in eine effiziente, regionalisierbare Vertriebsplanung und -steuerung getan. Durch die Vertriebsbeauftragten wird die Postbank den Weg von der Steuerung des Globalmarktes hin zur Steuerung des Regionalmarktes antreten können.

Eine klare Kontur zeichnet sich im Postbank Vertrieb ab.

Electronic Banking: Anspruch für die Zukunft

Die Datenverarbeitung der Postbank hat erheblichen Nachholbedarf. Die Strategie auf diesem Feld war vollständig neu zu bestimmen.



1990, das erste Jahr der Eigenständigkeit, war für die Postbank ein Jahr unternehmerischer Grundlagenarbeit auf allen strategischen Feldern. Sämtliche Bereiche des Unternehmens mußten analysiert werden. Dabei wurde schnell klar, daß auch das Rückgrat des Bankgeschäfts, die Datenverarbeitung, erheblichen Nachholbedarf hatte, da sich die Rahmenbedingungen zwischenzeitlich entscheidend geändert hatten.

Konten schon die bis dahin stetig gestiegenen Anforderungen aus dem Giro- und Spargeschäft nur noch unzureichend erfüllt werden, klaffte jetzt zwischen den Marktanforderungen und den Möglichkeiten der Postbank-Datenverarbeitung eine gewaltige Lücke.

Fehlende Marktorientierung

Die Anwendungen waren teilweise nicht banküblich, teilweise auch nicht kundenorientiert. So war es weder möglich, eine Wertstellungsrechnung durchzuführen, noch konnten periodischer Kontoauszug realisiert oder Kontoauszugsdrucker angeschlossen werden.

Bei über 5 Millionen Girokonten standen den Kunden bundesweit nur 200 Geldausgabeautomaten zur Verfügung.

Der Schnellservice war – und ist – mit 4000 EPOS- und 6000 Multitelgeräten unterentwickelt.

Ähnlich die Situation im Bereich von Organisation und Technik.

Verfahren wie das sogenannte DEBV (Direkteingabe-Buchungsverfahren) oder Akobez (Automatisationsgerechte Kontobezeichnung) waren veraltet.

Die gesamte Datenverarbeitung war sehr stark konto- und nicht kundenorientiert, sie arbeitete im

Spar- und Girobereich mit unterschiedlicher, nicht kompatibler Software.

Der Aufbau eines dringend notwendigen, banküblichen Rechnungswesens war unmöglich.

Betriebswirtschaftliche Informationssysteme konnten nur im Anwendungsverbund mit Postdienst und Telekom genutzt werden.

Und last not least: die Verarbeitungskapazitäten waren bundesweit dezentralisiert.

Das alles muß vor dem Hintergrund des Poststrukturgesetzes gesehen werden, das der Postbank am 1. Januar 1990 ins Pflichtenheft geschrieben hatte,

„die Dienste unter Berücksichtigung der Markterfordernisse entsprechend der wirtschaftlichen und technischen Entwicklung zu gestalten.“

Die Konsequenz daraus war klar: Die Datenverarbeitungs-Strategie der Postbank war vollständig neu-zubestimmen.

„Von der Elektronischen Datenverarbeitung zur Informationsverarbeitung“ lautete die Aufgabenstellung.

Die Ziele:

1. Absicherung der vom Markt verlangten Angebotsanpassung durch entsprechende neue Verfahren.
2. Renovierung bestehender, aber beizubehaltender Verfahren.
3. Aufbau zentraler Informationssysteme zur Unternehmenssteuerung.

Vor diesem Hintergrund wurde 1990 ein integriertes Anwendungs- und Systemkonzept mit folgenden Bausteinen verabschiedet:

- Bankweite Einführung der Standard-Software KORDOBA (Kundenorientiertes Dialogsystem für Bankgeschäfte)
- Bankweite Einführung standardisierter Endgeräte
- Neuorganisation der Rechenzentren
- Vernetzung der Niederlassungen
- Überführung der gesamten Datenverarbeitung in die Tochtergesellschaft Postbank Data GmbH.

Im April 1991 fiel der Startschuß, die Postbank begann mit einem der sicherlich umfangreichsten Investitionsprogramme der deutschen Bankgeschichte, dessen Herzstück die Einführung der bankenspezifischen Standard-Software ist.

Noch im selben Jahr konnten die ersten Früchte geerntet werden: Schon im Oktober 1991 bot die Postbank ihren Kunden 4- und 6jährige Sparbriefe an und kam damit breiten Kundenwünschen entgegen.

Gleichzeitig begannen die Vorarbeiten zur Modernisierung des Giroangebots, in deren Rahmen periodischer Kontoauszug und Werstellungsrechnung eingeführt werden sollten und mußten.

Allein 1991 mußte die Postbank zur Beförderung der Kontoauszugsbriefe mehr als 300 Millionen DM an den Postdienst zahlen, ein Betrag, den sie alleine nicht mehr tragen konnte und an dem sie die Kunden beteiligen mußte. Schon diese Zahl zeigt, daß die Einführung moderner, banküblicher Technik von existenzieller Bedeutung für das Unternehmen ist.

Das wurde durch die Einführung des periodischen Kontoauszuges erreicht, den heute 80% aller Postbank-Girokunden nutzen. In dieser Zahl sieht die Postbank auch die Bestätigung ihrer ursprünglichen Einschätzung.

In diesem Zusammenhang erhielt der Kontoauszug auch gleichzeitig ein bankübliches Format sowie eine neue, freundlichere Gestaltung mit wesentlich mehr Informationen als bisher, darunter vor allem auch den Tag der Wertstellung.

Was Verbraucherverbände und Kunden schon lange forderten, ist seither bei der Postbank technisch

möglich: Der Tag der Einzahlung auf das eigene Girokonto oder der Barauszahlung entspricht dem Wertstellungstag, der mit dem Tag des Geldeingangs oder -ausgangs identisch ist. Damit kommt die Postbank auch einem Urteil des Bundesgerichtshofes nach, das die tägliche Wertstellung von Bareinzahlungen gefordert hatte.

Im Juni 1992 ist es soweit, die bundesweite Einführung vom periodischen Kontoauszug und Wertstellung beginnt. Am 19. November 1992 ist es geschafft, alle damaligen Postgiroämter sind an die neue Technik angeschlossen.

Seither wird die eingeführte Standard-Software Zug um Zug für weitere bankübliche Angebote genutzt. Die Dialoganwendungen erlauben darüberhinaus ein nahtloses Ineinander mit der vom Postdienst begonnenen Schalterterminalisierung. Die Anbindung an das EPOS 92-Konzept des Postdienstes ist insoweit ein Teil der Gesamtstrategie der Postbank.

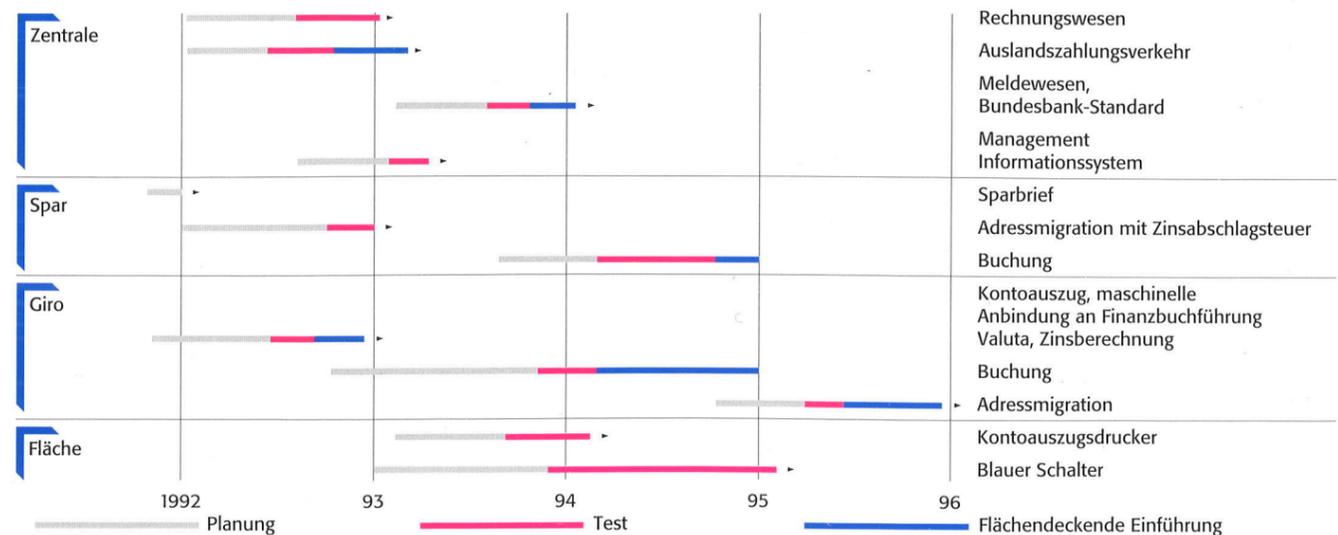
Einen weiteren Schwerpunkt im abgelaufenen Geschäftsjahr stellte der Elektronische Zahlungsverkehr, das heißt die papierlose Verarbeitung von Überweisungen, dar.

Auf diesem Sektor hat die Postbank eine Vorreiter-Rolle übernommen, logische Konsequenz aus der Tatsache, daß sie als das größte deutsche Spezialinstitut für Zahlungsverkehr und Einlagengeschäft allein 1992 fast 2,9 Milliarden Buchungen abwickelte.

Um hier durch Automation die Leistungsfähigkeit zu steigern und gleichzeitig den Bearbeitungsaufwand deutlich zu verringern, wurde der Elektronische Zahlungsverkehr 1992 weiter forciert.

Auf eine manuelle Erfassung der Daten kann bei diesem Verfahren verzichtet werden. Die Überweisungsaufträge werden von Schriftenlesern eingelesen und elektronisch abgetastet. Die abgespeicherten Belegbilder und die erfaßten Hand- und Maschinenschriften werden den Bildschirmarbeits-

Was kommt wann in der Postbank-Informationsverarbeitung?



plätzen für die Nachbearbeitung zur Verfügung gestellt. Dort können sie berichtigt, ergänzt und geprüft werden. Buchungsvorgänge werden dadurch einfacher, der Geldtransfer günstiger und schneller.

Im Dezember 1992 konnten bereits 80% aller Überweisungsaufträge elektronisch bearbeitet werden. Ziel ist es, alle Überweisungen, seien sie mit Maschine oder handausgefüllt, zu übernehmen.

Entscheidende Schritte im Rahmen der Neuorientierung der Postbank-Informationsverarbeitung stellen auch die 1992 angelaufenen Vorbereitungen zur Einführung des Telefon-Service sowie der Aufbau eines eigenen Betriebswirtschaftlichen Informationssystems und die Einführung der Kaufmännischen Buchführung zum 1. Januar 1993 dar.

Die Neuorientierung in der Datenverarbeitungs-Strategie kann nicht ohne Folgen für die Organisation des Gesamtunternehmens bleiben. So werden die bisherigen

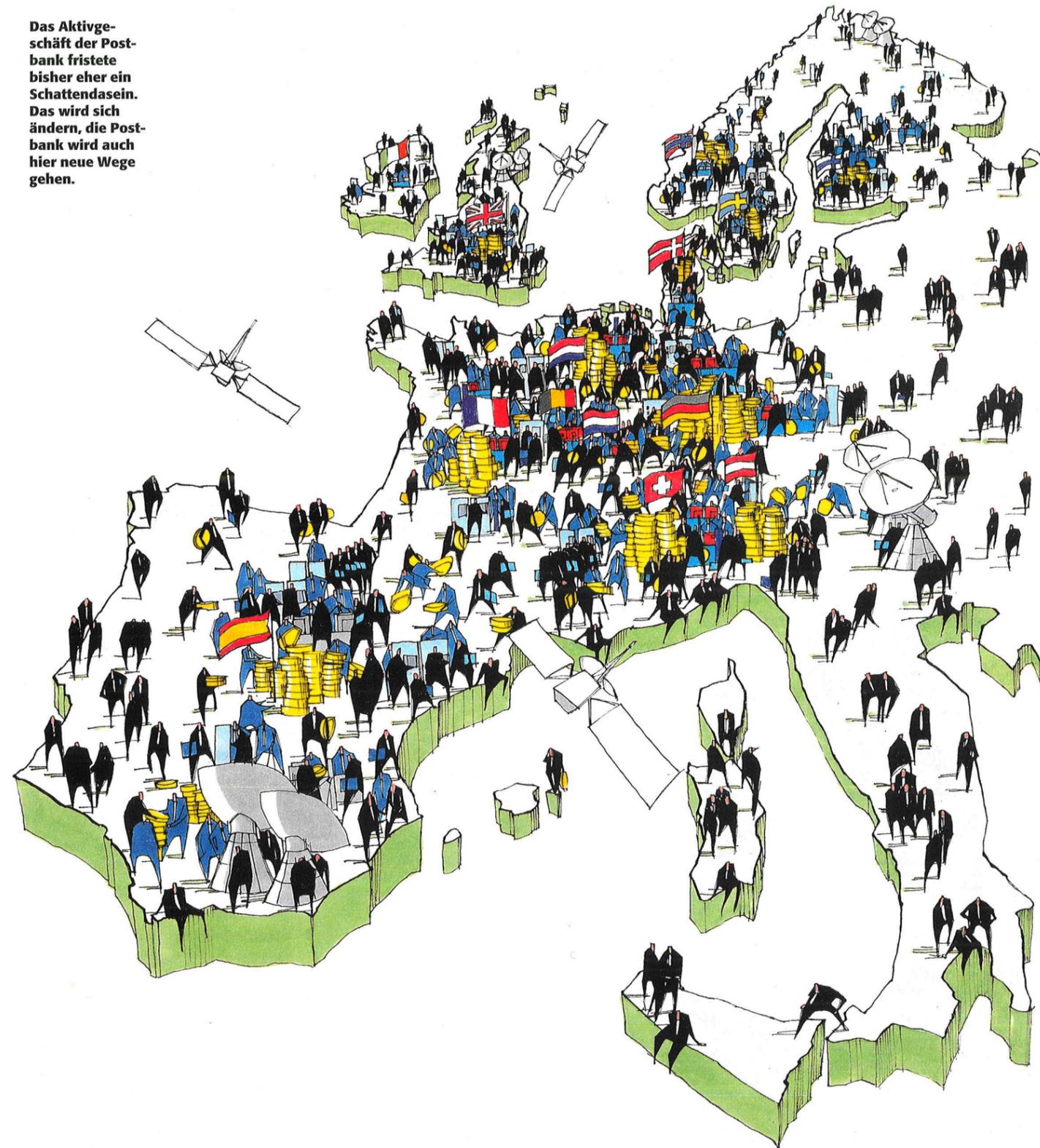
18 Rechenzentren der Niederlassungen auf fünf „Technische Zentren“ konzentriert, die ihren Sitz in den Niederlassungen Dortmund, Hamburg, Karlsruhe, Leipzig und München haben werden. Die Niederlassungen werden untereinander vernetzt, die Terminals innerhalb der Niederlassungen über ein spezielles Leitungsnetz angeschlossen.

Dieses gewaltige Umbauprogramm wird in wesentlichen Teilen bis Ende 1994 abgeschlossen sein.

Eine klare Kontur zeichnet sich in der Postbank-Datenverarbeitung ab.

Auf dem Weg nach Europa

Das Aktivgeschäft der Postbank fristete bisher eher ein Schattendasein. Das wird sich ändern, die Postbank wird auch hier neue Wege gehen.



Die Postbank ist einer der großen Anleger am deutschen Geld- und Kapitalmarkt. Im Aktivgeschäft erwirtschaftet sie den weitaus größten Teil ihrer Erträge. Obwohl sie auch hier – wie im Passivgeschäft – voll im Wettbewerb steht, sind ihr rechtlich wesentliche und lukrative Bereiche des Aktivgeschäftes verwehrt.

Eine Ertragsoptimierung ist unter diesen Rahmenbedingungen sowie unter Berücksichtigung der noch bis Ende 1995 geltenden Ablieferungsbestimmungen, nach denen zum Beispiel 10 Prozent der Zinserträge an den Bund abzuliefern sind, nur begrenzt möglich. Gerade deshalb müssen alle noch bestehenden Freiräume voll genutzt werden, um die Ertragskraft des Unternehmens weiter zu stärken. Dabei wird künftig das Zinsrisikomanagement eine der wesentlichen Aufgabenstellungen im Aktivgeschäft sein.

Der Schwerpunkt des Aktivgeschäftes der Postbank liegt in der Anlage von Kundengeldern auf dem Geld- und Kapitalmarkt sowie der Kreditvergabe an Telekom und Postdienst, deren Hausbank sie ist. Maßgebend für die Anlagepolitik der Postbank sind die sogenannten Anlagegrundsätze.

Schon bei Aufnahme des Postscheckdienstes 1909 wurden Vorschriften für die Anlage von Kundengeldern erlassen. 1939 folgte der Postsparkassendienst, für den ebenfalls Anlagegrundsätze vorgegeben wurden.

Mit Inkrafttreten des Postverwaltungsgesetzes 1953 erhielt der Bundespostminister die Zuständigkeit für die Anlagegrundsätze. Änderungen mußten mit dem Bundesfinanzminister, dem Bundeswirtschaftsminister und der Deutschen Bundesbank abgestimmt werden. Die letzte Fassung dieser Anlagegrundsätze stammte aus dem Jahr 1968.

Um der obersten Priorität von Sicherheit und Liquidität Nachdruck zu verleihen, schrieben die Anlagegrundsätze – getrennt nach Postscheck- und Postsparkassengeldern – in drei Anlageklassen enumerativ die Instrumente vor, die zur Anlage benutzt werden durften. Den einzelnen Instrumenten wurden jeweils Höchst- oder Mindestquoten zugeordnet, die strikt einzuhalten waren.

Durch starres Schema keine Marktanpassung möglich

Die abschließende Aufzählung der Instrumente und das starre Quotenschema machten es unmöglich, auf den Markt und seine Chancen zu reagieren. Den rasanten Entwicklungen an den Finanzmärkten Ende der siebziger, Anfang der achtziger Jahre konnte damit in keiner Weise Rechnung getragen werden.

Da schon die Postbankdienste mit allen Angeboten voll dem Wettbewerb unterlagen, wurde die faktische Festschreibung der Anlagegrundsätze auf den Stand des Jahres 1968 zusehends zum

Handicap. Neue Anlagegrundsätze wurden für den Fortbestand der Bankdienste immer dringlicher.

Wo steht das Aktivgeschäft der Postbank heute?

Mit der Etablierung der Postbank als eigenständiges öffentliches Unternehmen am 1. Januar 1990 wurde das Postverwaltungsgesetz von 1953 durch das Poststrukturgesetz von 1989 abgelöst. Für die Anlagegrundsätze des Postgiro- und Postsparkassenguthabens war nunmehr der Vorstand der Postbank unter Mitwirkung des Aufsichtsrates und des Bundesministers für Post- und Telekommunikation zuständig.

Die Chance des Poststrukturgesetzes, die Anlagegrundsätze auf die Notwendigkeiten einer modernen Bank abzustimmen, hat die Postbank mit der Erstellung völlig neuer Anlagegrundsätze genutzt. Am 1. Januar 1992 traten die neuen Anlagegrundsätze in Kraft.

Sie gliedern sich in vier Abschnitte. In den allgemeinen Bestimmungen wird insbesondere die Zielsetzung der Anlagepolitik festgelegt. Ziel der Anlagepolitik der Postbank ist es, bei gleichbleibend hoher Sicherheit eine möglichst hohe Rentabilität zu erzielen. Dabei ist eine ausreichende Mischung und Streuung der Anlagen zu gewährleisten. Die Einhaltung der Liquidität ist jederzeit sicherzustellen.

Der zweite Teil der Anlagegrundsätze schafft die rechtlichen Rahmenbedingungen, in denen sich die Postbank an die Liquiditätsgrundsätze des Bundesaufsichtsamtes für das Kreditwesen und die Paragraphen 12 und 13 des KWG zunächst intern bindet, bis dann die Postbank vom 1. Januar 1996 an dem KWG voll unterliegt.

Im dritten Teil werden die zulässigen Tätigkeitsfelder beschrieben. Danach bekennt sich die Postbank ganz allgemein dazu, daß sie nur die für sie durch Gesetz oder Rechtsprechung zulässigen Geschäfte tätigt. Eine generelle Kreditvergabe ist demzufolge derzeit für sie ausgeschlossen. Ausdrücklich zugelassen sind die bisherigen Geschäftsfelder der Anlagen auf den Geld- und Kapitalmärkten sowie Kreditvergaben an Tochtergesellschaften und an Schwesterunternehmen sowie deren direkte oder indirekte Beteiligungsgesellschaften. Auch der Einsatz von derivativen Finanzinstrumenten, die mit einem bestimmten Grundgeschäft, zum Beispiel zur Zinsabsicherung, verwendet werden, ist erlaubt.

Im vierten Teil der Anlagegrundsätze werden die Durchführungsbestimmungen in Form von Anlage Richtlinien geregelt, um den mit dem operativen Geschäft befaßten Mitarbeitern detaillierte Handlungsanweisungen zu geben.

Insgesamt ermöglichen die neuen Anlagegrundsätze der Postbank eine flexiblere, zeitgemäßere und erweiterte Anlagepolitik. Die Postbank wird die neuen Chancen neben den angestammten Geschäftsfeldern im Rahmen ihrer personellen, organisatorischen und technischen Ressourcen nutzen und weiter ausbauen.

Je mehr sich die Postbank fortentwickelt, desto konsequenter muß sich auch die organisatorische Struktur nach den geltenden bankrechtlichen Bedingungen und funktionalen Erfordernissen ausrichten. Aus diesem Grund und zur Nutzung der neuen Freiräume auf den Geld- und Kapitalmärkten wurden mit Beginn des Jahres 1992 auch organisatorische Änderungen durchge-

führt. Die beiden wichtigen Säulen für das Aktivgeschäft der Postbank wurden im neuen Geschäftsbereich „Treasury“ in zwei eigenständige Abteilungen aufgeteilt: „Liquiditätsmanagement und Geldhandel“ sowie „Kapitalmarktgeschäfte“. Darüber hinaus wurde eine neue Abwicklungsabteilung für Geld- und Kapitalmarktgeschäfte etabliert.

Liquiditätsmanagement und Geldhandel

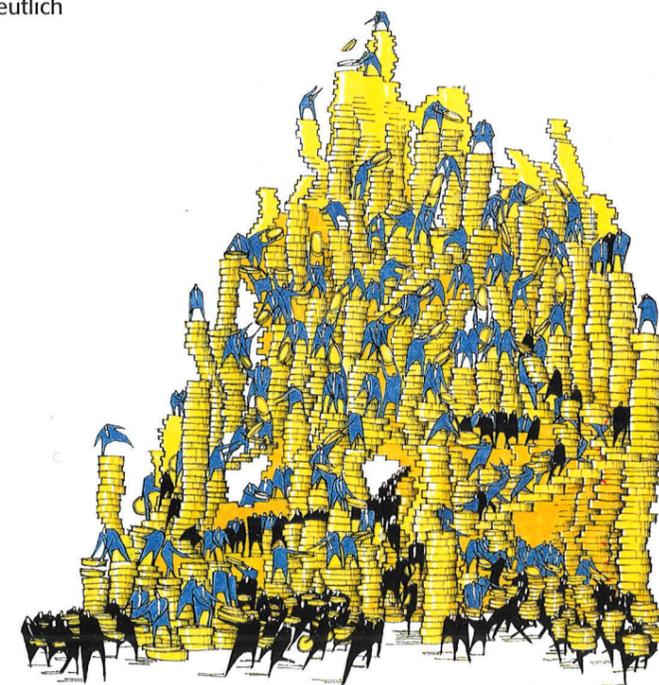
Im Geschäftsjahr 1992 unterlag die Postbank der vollen Mindestreservepflicht der Deutschen Bundesbank. Hierunter fielen erstmals auch die im Rahmen eines Cash-Management-Systems geführten Konten der beiden Schwwestergesellschaften. Durch Verfahrensänderungen wurde es möglich, die Mindestreserveverfüllung zu optimieren. Mit Einführung eines neuen Risk-Limit-Systems konnte die Zahl der Geschäftspartner im Geldhandel im vergangenen Geschäftsjahr deutlich

erhöht werden. Zusätzlich wurde für die Schwesterunternehmen die Möglichkeit geschaffen, jederzeit Tages- und Termingelder bei der Postbank anlegen und aufnehmen zu können.

Im Rahmen des 1992 aufgelegten Commercial Paper Programms der Deutschen Bundespost konnte sich die Postbank erstmalig auch in diesem Geschäftsfeld erfolgreich am Markt als Plazeur positionieren.

Kapitalmarktgeschäft

Durch den Wechsel der Bewertungsmethode des Wertpapierbestandes vom Anschaffungswertprinzip - wie es durch die alten



Anlagegrundsätze implizit vorge-schrieben war - hin zum Niederstwertprinzip nach den Vorschriften des Handelsrechts wurden aktivere Portfoliostrategien möglich. Mit dem aktiven Management eines Portfoliosegments hat die Abteilung Kapitalmarktgeschäfte begonnen, für einen Teil des großen Wertpapiervermögens rendite- und performanceorientierter zu agieren.

Eine wesentliche Zukunftsaufgabe wird es sein, das umfangreiche Wertpapiervermögen der Postbank weiter zu segmentieren und mit Hilfe moderner Portfoliotechniken insgesamt aktiver zu managen. Soweit der status quo.

Damit können die Wettbewerbsnachteile der Postbank aber letztlich nicht entscheidend abgebaut werden. Im Rahmen der strategischen Überlegungen zur Weiterentwicklung muß die Postbank auch hier über neue Wege nachdenken, so zum Beispiel über Auslandsstützpunkte.

Die Postbank kann ihre Wettbewerbsfähigkeit dauerhaft nur sichern, wenn sie - im Rahmen der rechtlichen Bedingungen - auch im Aktivgeschäft alle Möglichkeiten wahrnimmt, die den Wettbewerbern offenstehen.

Im Zuge der Internationalisierung der Märkte nutzen die deutschen Wettbewerber der Postbank schon längst die günstigen Rahmenbedingungen des Bankplatzes Luxemburg. Die Postbank war im Berichtsjahr unter den deutschen Instituten vergleichbarer Größenordnung noch das einzige ohne einen solchen Stützpunkt.

Insbesondere für die Pflege der Großkundenbeziehungen, zum Beispiel zur Telekom und zum Postdienst, war die Gründung eines Euromarkt-Stützpunktes auf Dauer unerlässlich.

Weitere strategische Ansätze ergeben sich aus der Zusammenarbeit mit anderen europäischen Postbanken.

Europäisches Kooperationsmodell Eurogiro

Im Europa der Postbanken bieten einige Institute die gesamte Palette der Finanzdienstleistungen an, andere sind noch „Einprodukt-Banken“. Über die Zusammenarbeit der Postbanken kann ein Netzwerk entstehen, in dem die Postbank einen Knotenpunkt darstellen kann. Sie könnte im Inter-Postbank-Verkehr die Funktion eines europäischen Clearinghauses für DM-Geschäfte übernehmen.

Eurogiro ist das erste Kooperationsmodell der europäischen Postbanken. Rund 40 Millionen Privat- und Geschäftskunden überall in Europa werden in absehbarer Zeit in das grenzüberschreitende Netz einbezogen sein. Zuverlässig und preiswert ermöglicht dieses elektronische Zahlungsverkehrssystem europaweit einen schnellen Giroverkehr.

Ein eindeutiger Zeitrahmen, Preistransparenz und Flexibilität

zeichnen Eurogiro aus. Zahlungen von einem Land ins andere sind schnell und zuverlässig möglich - unabhängig davon, ob es sich um kleine oder große, gelegentliche oder regelmäßige Transaktionen handelt.

Wer Kunde der Postbank ist, ist überall in Europa Postbankkunde.

Vor diesem Hintergrund hat der Aufsichtsrat der Postbank im November 1992 die Gründung der „Deutsche Postbank International S.A., Luxemburg“, genehmigt. Gegründet wurde sie am 30. April 1993.

Die zwischenzeitlich dritte Postbank-Tochter hat am 1. Juli 1993 den Geschäftsbetrieb aufgenommen.

Eine klare Kontur zeichnet sich im Aktivgeschäft der Postbank ab.

Jahresabschluß zum 31. Dezember 1992

Der Jahresabschluß umfaßt den Zeitraum vom 1. Januar 1992 bis zum 31. Dezember 1992.

Für die Aufstellung des Jahresabschlusses wurden gemäß §§ 39 Abs. 2 und 44 Abs. 1 PostVerfG die handelsrechtlichen Vorschriften der §§ 238 ff. HGB und die besonderen für Kreditinstitute geltenden Vorschriften (soweit anwendbar) in analoger Auslegung herangezogen.

Die ausgewiesenen Kassenbestände sind in Deutscher Mark (DM), Bundesbankguthaben und Forderungen an Kreditinstitute mit den jeweiligen Nominalwerten angesetzt, die vorhandenen Sortenbestände worden mit dem jeweiligen Mittelkurs des Bilanzstichtages umgerechnet. In den Forderungen an Kreditinstitute enthaltene Namenspapiere und Schuldscheindarlehen sind mit den Anschaffungskosten bewertet worden.

Forderungen gegenüber Kunden sind grundsätzlich zu den jeweiligen Nennwerten abzüglich angemessener Einzel- und Pauschalwertberichtigungen bilanziert. In den Forderungen an Kunden enthaltene Namenspapiere und Schuldscheindarlehen sind mit den Anschaffungskosten bewertet worden.

Die Postbank übernimmt die Kurspflege für Postanleihen. An Kursgewinnen und -verlusten beteiligen sich die Postunternehmen Telekom, Postdienst und Postbank gemäß ihrem Anteil am Bestand.

Forderungen aus Darlehen an die Schwesterunternehmen Deutsche Bundespost Postdienst und Deutsche Bundespost Telekom werden zu marktüblichen Sätzen verzinst. Diese und die kurzfristig fälligen Verrechnungsforderungen gegenüber den Schwesterunternehmen wurden in Nominalwerten angesetzt.

Die Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand aus der Währungsreform 1948 sowie die Ausgleichsforderungen aus der Währungsumstellung in der ehemaligen DDR zum 1. Juli 1990 gegen den Ausgleichsfonds Währungsumstellung und die Durchlaufenden Kredite (nur Treuhandgeschäfte) ohne Kreditrisiko der Postbank wurden ebenfalls zu Nominalwerten bewertet.

Entwicklung des Anlagevermögens (Anlagespiegel)

	Stand 1.1.1992 TDM	Zugänge/ Zuschrei- bungen* TDM	Abgänge TDM	Abschrei- bungen* TDM	Stand 31.12.1992 TDM
Beteiligungen	18.818	49.000	-	-	67.818
Grundstücke und Gebäude	964.606	111.384 28.808*	82.827	20.333	1.001.638
Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	54.737	17.938 640*	75	17.346	55.894
	1.038.161	178.322	82.902	37.679	1.125.350
		29.448*			

Bei den Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand aus der Währungsreform 1948 handelt es sich in Höhe von 306 Millionen DM um unverzinsliche und in Höhe von 30 Millionen DM um niedrigverzinsliche Ausgleichsforderungen, die

der Bund nicht tilgt. Dies bedeutet für die Postbank eine Benachteiligung gegenüber anderen Banken.

Der Bestand an Anleihen und Schuldverschreibungen sowie die sonstigen Wertpapiere (Investmentzertifikate) sind unter Beachtung

des für das Umlaufvermögen geltenden strengen Niederstwertprinzips (§ 253 Abs. 3 HGB) bewertet worden.

Die Beteiligungen wurden mit ihren Anschaffungskosten bilanziert. Im Geschäftsjahr 1992 wurde die Postbank Immobilien Bau-Management GmbH, Bonn, als 100%-iges Tochterunternehmen der Postbank gegründet. Das Eigenkapital beträgt TDM 10.000.

Grundstücke und Gebäude einschließlich der Einbauten in fremde Gebäude und die Betriebs- und Geschäftsausstattung wurden mit Anschaffungskosten (ggf. DM-Eröffnungsbilanzwerte aus dem Jahre 1948) bzw. Werten der DM-Eröffnungsbilanz zum 1. Juli 1990 abzüglich planmäßiger Abschreibungen angesetzt. Die planmäßigen

Abschreibungen wurden nach der linearen Abschreibungsmethode über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer vorgenommen, wobei von der Bewertungsfreiheit für geringwertige Anlagegegenstände analog § 6 Abs. 2 EStG Gebrauch gemacht wird. Für Zugänge von beweglichen Anlagegegenständen im ersten Halbjahr des Geschäftsjahres wird generell die volle, für solche im zweiten Halbjahr wird generell die halbe Jahresabschreibungsrate verrechnet. Bei Einbauten in fremde Gebäude bemisst sich die unterstellte Nutzungsdauer höchstens nach der erwarteten Nutzungsdauer.

Verbindlichkeiten aus dem Bankgeschäft gegenüber Kreditinstituten und gegenüber anderen Gläubigern (Postgiro- und Postsparanlagen)

sowie gegenüber den Schwesterunternehmen Deutsche Bundespost Postdienst (Ost) und Deutsche Bundespost Telekom (Ost), begebene Schuldverschreibungen und aufgenommene Darlehen sowie sonstige Verbindlichkeiten sind gemäß § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB zu ihrem Rückzahlungsbetrag, ggf. unter Berücksichtigung zeitanteilhafter Zinsen, angesetzt.

Forderungen und Verbindlichkeiten in Fremdwährungen wurden zu den Devisenmittelkursen des Bilanzstichtages in DM umgerechnet.

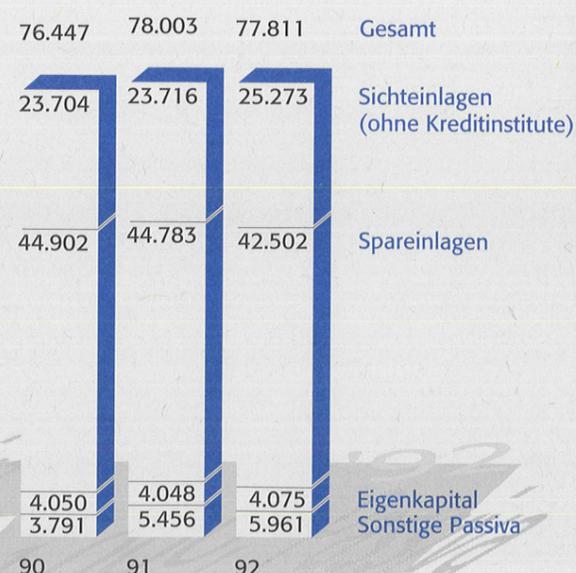
Rückstellungen wurden gemäß § 42 Abs. 1 PostVerfG i. V. mit § 249 Abs. 1 HGB für Pensionsansparungen, soweit es sich um Neuzusagen seit dem 1. Januar 1990 handelt (Pensionsrückstellungen),

Struktur der Bilanz in Millionen DM

Aktiva

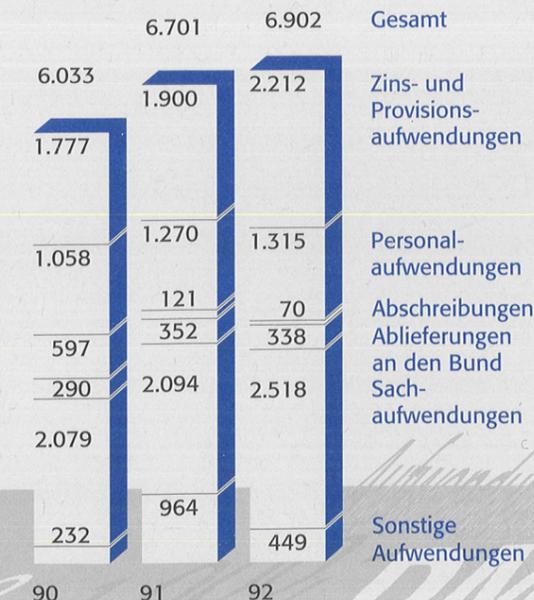


Passiva

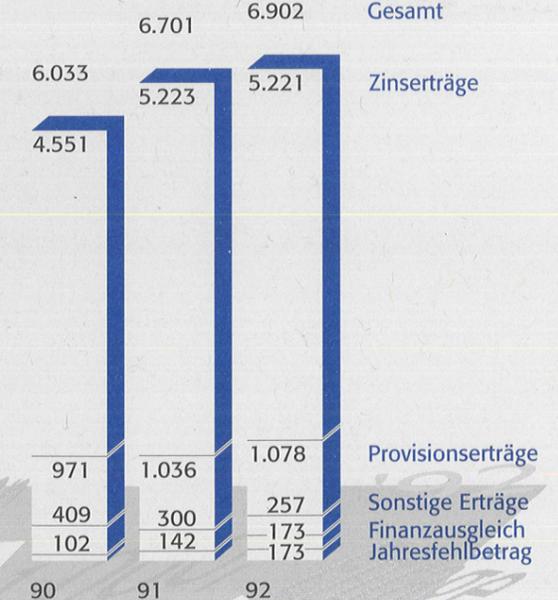


Struktur der Gewinn- und Verlustrechnung 1992 in Millionen DM

Aufwendungen



Erträge



sowie für erkennbare Risiken und für dem Grunde und/oder der Höhe nach ungewisse Verbindlichkeiten (Andere Rückstellungen) einschließlich der am Bilanzstichtag bestehenden Restablieferungsverpflichtung an den Bund gebildet. Den passivierten Pensionsrückstellungen liegt ein versicherungsmathematisches Gutachten zugrunde. Für die Berechnung der Pensionsrückstellungen wurde von den „Richttafeln 1983 für die Pensionsversicherung“ von Dr. Klaus Heubeck, Köln, ausgegangen und als Rechnungszinsfuß der ertragsteuerliche nach § 6a EStG vorgeschriebene Zinssatz von 6 % angesetzt.

Die anderen Rückstellungen tragen den erkennbaren Risiken und bestehenden, aber dem Grunde und/oder der Höhe nach ungewissen Verpflichtungen in angemessenem Umfang Rechnung.

Das Eigenkapital der Postbank zum 31. Dezember 1992 von rund 4.075 Millionen DM wurde in analoger Anwendung von § 272 Abs. 1 Satz 1 in Verbindung mit § 283 HGB zum Nennbetrag ausgewiesen. Kapitalrücklagen oder Gewinnrücklagen bestanden bei der Postbank am Bilanzstichtag nicht.

Der für das Geschäftsjahr 1992 nach periodengerechter Abgrenzung von Aufwendungen und Erträgen an sich auszuweisende Jahresfehlbetrag von 346 Millionen DM wird durch einen Anspruch auf Finanzausgleich gegenüber dem Schwesterunternehmen Deutsche Bundespost Telekom in Höhe von 173 Millionen DM zum Teil ausgeglichen, so daß ein Jahresfehlbetrag von 173 Millionen DM verbleibt, der auf neuer Rechnung vorgetragen wird.

Insgesamt ergibt sich für die Postbank zum Bilanzstichtag 31. Dezember 1992 eine Eigenkapitalquote von 5,03 %.

Die nach der Sollvorschrift des § 41 PostVerfG vorgesehene Mindesteigenkapitalquote von 5 % für die Postbank ist damit eingehalten.

Geschäftsführung und Vertretung (Vorstand)

Mitglieder des Vorstandes der Postbank sind:

Dr. Günter Schneider,
Bonn,
Vorsitzender des Vorstandes

Dr. Rudolf Bauer,
Bonn

Dr. Bernhard Zurhorst,
Bonn

Zusammensetzung des Aufsichtsrates

Vorsitzender:
Dr. Hans Friderichs

Stellvertretender Vorsitzender:
Albert Stegmüller

1. Vertreter des Bundes

Prof. Dr. Hans-E. Büschgen,
Seminar für
Allgemeine Betriebswirtschaftslehre
und Bankbetriebslehre der
Universität zu Köln

Dr. Hans Friderichs,
Bundesminister a. D.

Dr. Gert Haller,
Ministerialdirektor im Bundes-
ministerium der Finanzen

Franz Kroppenstedt,
Staatssekretär im Bundes-
ministerium des Innern

Dr. Bernhard Molitor,
Ministerialdirektor im Bundes-
ministerium für Wirtschaft

2. Vertreter der Anwender und Kunden

Dr. Thea Brüner,
Geschäftsführerin der Verbraucher-
zentrale Berlin e. V.

Constantin Freiherr Heereman
von Zuydtwyck,
Präsident des Deutschen Bauern-
verbandes

Dr. Manfred Schüler,
Staatssekretär a. D., Mitglied des
Vorstands der Kreditanstalt für
Wiederaufbau, Frankfurt am Main

Dr. Ing. Dieter Soltmann,
Persönlich haftender Gesellschafter
der Spaten-Franziskaner-Bräu KGaA

Dr. Jürgen Zech,
Stellvertretender Vorsitzender des
Vorstandes der Gerling-Konzern
Versicherungs-Beteiligungs-AG

3. Vertreter des Personals der Postbank

Margit Kröger,
Mitglied des Personalrates beim
Postsparkassenamt Hamburg

Bernd Lindenau,
Bezirksvorsitzender der Deutschen
Postgewerkschaft, Berlin

Uwe Lütthje,
Mitglied des Bezirksvorstandes des
Deutschen Postverbandes Hamburg

Karola Schwuchow,
Vorsitzende des Hauptpersonalrats
der Generaldirektion Postbank

Albert Stegmüller,
stellvertretender Vorsitzender der
Deutschen Postgewerkschaft

Personalbestand der Postbank im Jahresdurchschnitt 1992 (ohne Vorstand)

	weiblich	männlich	gesamt
Vollzeitkräfte			
Beamte	8.835	3.104	11.939
Angestellte	3.827	602	4.429
Gewerbliche Arbeitnehmer	201	679	880
	12.863	4.385	17.248
Teilzeitkräfte (Anzahl der Mitarbeiter)			
Beamte	2.409	9	2.418
Angestellte	1.546	37	1.583
Gewerbliche Arbeitnehmer	165	21	186
	4.120	67	4.187
Beamte im Vorbereitungsdienst	370	211	581
	17.353	4.663	22.016
Personalbestand zum 31.12.92			19.444

Zusätzlich waren in 1992 durchschnittlich 3.444 Dienstkräfte ohne Bezüge beurlaubt, davon 3.180 Vollzeit- und 264 Teilzeitkräfte. Auf den jeweiligen Bilanzstichtag bezogen ergibt sich gegenüber 1991 für 1992 ein Rückgang der Zahl der Mitarbeiter von 21.146 um 1.702 auf 19.444 (Teilzeitkräfte auf Vollzeitkräfte umgerechnet).

Bezüge des Vorstandes und des Aufsichtsrates

1. Januar 1992 bis 31. Dezember 1992

Die Gesamtbezüge der Mitglieder des Vorstandes und die Gesamtbezüge der Mitglieder des Aufsichtsrates betragen im Geschäftsjahr 1992:

Vorstand 1.038.316,13 DM
Aufsichtsrat 396.000,— DM

Bestätigungsvermerk des Abschlußprüfers

Die Buchführung und der Jahresabschluß der Deutschen Bundespost Postbank, Bonn, entsprechen nach unserer pflichtgemäßen Prüfung den für die Postunternehmen geltenden gesetzlichen Vorschriften. Der Jahresabschluß umfaßt den Zeitraum vom 1. Januar 1992 bis zum 31. Dezember 1992 und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Deutschen Bundespost Postbank. Der Lagebericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluß.

Frankfurt am Main,
den 21. Mai 1993

KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

(Plato) (Dr. Wagner)
Wirtschaftsprüfer Wirtschaftsprüfer

Nicht passivierte Rückstellungen und ähnliche Verpflichtungen

Der Gesamtbetrag (Teilwert) der gemäß Artikel 28 Abs. 1 EGHGB einschließlich der nach § 76 VAP nicht passivierten Pensionsrückstellungen (Altzusagen vor dem 1. Januar 1990) beläuft sich zum Bilanzstichtag 31.12.1992 auf rund 3.824 Millionen DM.

Haftung nach dem Postverfassungsgesetz

Nach § 2 Abs. 2 Postverfassungsgesetz haftet die Postbank ohne Einschränkungen für die Verbindlichkeiten des Teilsondervermögens der Deutschen Bundespost Postdienst und des Teilsondervermögens der Deutschen Bundespost Telekom. Umgekehrt haften auch diese Teilsondervermögen uneingeschränkt für die Verbindlichkeiten der Postbank.

Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.1992 der Deutschen Bundespost Postbank, Bonn, durch den Aufsichtsrat der Deutschen Bundespost Postbank, Bonn

Der Aufsichtsrat hat während des Berichtsjahres die ihm nach dem Postverfassungsgesetz obliegenden Aufgaben wahrgenommen. Er hat sich vom Vorstand in mehreren Sitzungen über die Lage und Entwicklung des Unternehmens unterrichten lassen. Über die nach dem PostVerfG zustimmungspflichtigen Sachverhalte hat der Aufsichtsrat nach Prüfung mit dem Vorstand beschlossen.

Die Buchführung, der Jahresabschluß zum 31. Dezember 1992 und der Lagebericht sind von der KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt, geprüft worden.

Von dem im Bericht der Abschlußprüfer dargestellten Ergebnis der Prüfung hat der Aufsichtsrat zustimmend Kenntnis genommen.

Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluß und den Lagebericht geprüft. Einwendungen waren nicht zu erheben.

Der Aufsichtsrat stellt gem. §23 Abs. 3 Ziff. 2 PostVerfG den Jahresabschluß der Postbank zum 31.12.1992 in der vorgelegten Form fest.

Mainz, den 13. August 1993

Der Aufsichtsrat

Dr. Hans Friderichs
Vorsitzender

Jahresbilanz zum 31. Dezember 1992

AKTIVA	DM	DM	DM	Vorjahr TDM
1. Kassenbestand			1.711.706.610,74	1.484.996
2. Guthaben bei der Deutschen Bundesbank			3.583.398.132,66	8.858.427
3. Schecks, fällige Schuldverschreibungen, Zins- und Dividendenscheine sowie zum Einzug erhaltene Papiere			189.823.851,61	113.910
4. Forderungen an Kreditinstitute				
a) täglich fällig		282.624.430,73		
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von				
ba) weniger als drei Monaten		11.016.611.038,20		
bb) mindestens drei Monaten, aber weniger als vier Jahren		1.026.954.677,23		
bc) vier Jahren oder länger		3.799.755.219,81	16.125.945.365,97	11.808.963
5. Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen				
a) des Bundes und der Länder				
b) sonstige		---		1.029.649
6. Anleihen und Schuldverschreibungen				
a) mit einer Laufzeit bis zu vier Jahren				
aa) des Bundes und der Länder		294.426.992,64		
ab) von Kreditinstituten		33.364.773,05		
ac) sonstige		529.434,31	328.321.200,00	
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	TDM	328.321		
b) mit einer Laufzeit von mehr als vier Jahren				
ba) des Bundes und der Länder		5.173.219.449,91		
bb) von Kreditinstituten		12.466.057.066,09		
bc) sonstige		88.326.471,50	17.727.602.987,50	18.354.105
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	TDM	17.575.687		
darunter: wie Anlagevermögen bewertet	TDM	---		
7. Wertpapiere, soweit sie nicht unter anderen Posten auszuweisen sind				
a) börsengängige Anteile und Investmentanteile		599.999.194,00		
b) sonstige Wertpapiere		---	599.999.194,00	549.999
darunter: Besitz von mehr als dem zehnten Teil der Anteile einer Kapitalgesellschaft oder bergrechtlichen Gewerkschaft ohne Beteiligungen		---		
darunter: wie Anlagevermögen bewertet		---		
8. Forderungen an Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von				
a) weniger als vier Jahren		732.278.948,38		
b) vier Jahren oder länger		876.024.559,73	1.608.303.508,11	1.488.047
darunter:				
ba) durch Grundpfandrechte gesichert	TDM	6.425.000		
bb) Kommunaldarlehen	TDM	501.816.157		
9. Forderungen gegenüber den Unternehmen der Deutschen Bundespost				
a) DBP Postdienst		3.009.052.482,96		
b) DBP Telekom		30.048.073.214,75	33.057.125.697,71	31.705.629
darunter: mit einer Laufzeit von vier Jahren oder länger	TDM	30.374.882		
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand			1.332.431.738,50	1.332.230
11. Durchlaufende Kredite (nur Treuhandgeschäfte)			159.304.176,24	170.022
12. Beteiligungen			67.817.500,00	18.818
darunter: an Kreditinstituten	TDM	---		
13. Grundstücke und Gebäude			1.001.638.171,00	964.606
14. Betriebs- und Geschäftsausstattung			55.894.041,29	54.737
15. Sonstige Vermögensgegenstände			36.449.885,43	22.381
16. Rechnungsabgrenzungsposten			51.829.118,43	47.100
17. Bilanzverlust			173.344.442,28	
Summe der Aktiven			77.810.935.621,47	78.003.619

PASSIVA	DM	DM	DM	Vorjahr TDM
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) täglich fällig		2.487.610.435,42		
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von				
ba) weniger als drei Monaten		---		
bb) mindestens drei Monaten, aber weniger als vier Jahren		15.651.019,20		
bc) vier Jahren oder länger		18.729.788,76	34.380.807,96	
darunter: vor Ablauf von vier Jahren fällig	TDM	---		
c) von der Kundschaft bei Dritten benutzte Kredite		---	2.521.991.243,38	2.689.823
2. Verbindlichkeiten aus dem Bankgeschäft gegenüber anderen Gläubigern				
a) täglich fällig		25.273.321.633,17		
b) Spareinlagen				
ba) mit gesetzlicher Kündigungsfrist		38.432.961.839,17		
bb) sonstige		4.109.881.901,83		
bc) schwebende Verrechnungen		- 40.451.092,55	42.502.392.648,45	67.775.714.281,62
3. Schuldverschreibungen mit einer Laufzeit von				
a) bis zu vier Jahren		---		
b) mehr als vier Jahren		139.638.305,60	139.638.305,60	138.382
darunter: vor Ablauf von vier Jahren fällig	TDM	---		
4. Aufgenommene Darlehen			89.587.000,00	89.587
5. Verbindlichkeiten gegenüber den Unternehmen der Deutschen Bundespost				
a) DBP Postdienst		1.506.000.000,00		
b) DBP Telekom		162.420.426,89	1.668.420.426,89	1.295.021
6. Durchlaufende Kredite (nur Treuhandgeschäfte)			159.304.176,24	170.022
7. Rückstellungen				
a) Pensionsrückstellungen		28.771.552,00		
b) andere Rückstellungen		1.280.445.259,99	1.309.216.811,99	1.024.367
8. Sonstige Verbindlichkeiten			72.054.368,85	49.924
9. Rechnungsabgrenzungsposten			101.479,66	---
10. Kapital			4.074.907.527,24	4.047.886
11. Bilanzgewinn				
Summe der Passiven			77.810.935.621,47	78.003.619

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar 1992 bis 31. Dezember 1992

AUFWENDUNGEN

	Aufwendungen		Vorjahr
	DM	DM	TDM
1. Zinsen und zinsähnliche Aufwendungen		2.199.528.738,41	1.895.732
2. Provisionen und ähnliche Aufwendungen für Dienstleistungsgeschäfte		12.652.640,89	4.472
3. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft		32.079.207,36	25.565
4. Gehälter und Löhne		926.824.279,24	910.399
5. Soziale Abgaben		152.809.889,78	143.739
6. Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung		235.618.948,90	216.070
7. Sachaufwand für das Bankgeschäft		2.518.115.055,31	2.093.789
8. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Grundstücke und Gebäude sowie auf Betriebs- und Geschäftsausstattung		37.678.831,65	94.580
9. Ablieferungen und Steuern			
a) Ablieferungen an den Bund	337.733.298,42		
b) Steuern	961.543,71	338.694.842,13	352.363
10. Sonstige Aufwendungen		448.354.322,48	964.242
11. Jahresüberschuß		---	-
Summe der Aufwendungen		6.902.356.756,15	6.700.951

ERTRÄGE

	Erträge		Vorjahr
	DM	DM	TDM
1. Zinsen und zinsähnliche Erträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften		3.722.336.145,58	3.422.017
2. Laufende Erträge aus			
a) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	1.404.234.516,13		
b) Beteiligungen	---		
c) Ausgleichsforderungen gegen den Ausgleichsfonds Währungsumstellung	94.853.342,89	1.499.087.859,02	1.800.786
3. Provisionen und andere Erträge aus Dienstleistungsgeschäften		1.077.804.497,68	1.036.463
4. Andere Erträge einschließlich der Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft		156.912.128,03	131.625
5. Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen, soweit sie nicht unter 4 auszuweisen sind		99.579.163,51	10.528
6. Erträge aus dem Finanzausgleich		173.292.520,05	299.532
7. Jahresfehlbetrag		173.344.442,28	-
Summe der Erträge		6.902.356.756,15	6.700.951

Mitgliedschaften

Verband öffentlicher Banken

Förderung der gemeinsamen Interessen der angeschlossenen öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute in allen bankrelevanten Fragen

Deutsche Statistische Gesellschaft Universität Konstanz

Forum für Erkenntnisfortschritt in theor. und angewandter Statistik sowie für Erfahrungsaustausch zwischen Mitgliedern.

Münchener Kreis

Übernationale Vereinigung für Kommunikationsforschung, Förderung der wissenschaftlichen Forschung aller mit der Entwicklung, der Errichtung und dem Betrieb von technischen Kommunikationssystemen und deren Nutzung zusammenhängenden Fragen. Behandlung der menschlichen und politischen Probleme.

Deutsches Institut für Interne Revision (IRR) 6000 Frankfurt/Main 1

Beschäftigt sich mit Fragen der internen Revision

Bankrechtliche Vereinig.-Wissenschaftliche Gesellschaft für Bankrecht e.V., Institut für Internationales Recht des Spar-, Giro- und Kreditwesens

Informationen über bankrechtliche Fragen

Institut für Kredit- und Finanzwirtschaft Ruhr-Universität Bochum

Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Bankpraxis in finanzwirtschaftlichen Fragen

Schmalenbach-Gesellschaft – Deutsche Gesellschaft für Betriebswirtschaft e.V., Köln

Austausch betriebswirtschaftlicher Erkenntnisse und Methoden. Betriebswirtschaftliche Stellungnahmen zu aktuellen Fragen der Wirtschaftspraxis

Bildschirmtext-Anbieter-Vereinigung e.V., Berlin

Förderung von BTX und seiner Weiterentwicklung

Verband Deutscher Geldhändler, Frankfurt/Main

Verbesserungen der Rahmenbedingungen des Geldhandels in Deutschland

DGFP – Deutsche Gesellschaft für Personalführung mbH.

Beratung in Fragen der Personalarbeit

Internationale Mitgliedschaften

CSFPE (Commission des Services Financiers Postaux Europeens), Paris

Internationale Organisation zur Vertiefung der Beziehungen zwischen Mitgliedsverwaltungen; Harmonisierung der Verwaltungs- und Betriebsdienste

Weltpostverein (UPU) Verbindungsbüro: Internationales Büro des Weltpostvereins, Postfach

Mitarbeit in den beiden ständigen Organen Vollzugsrat und Konsultativrat
Mitglied ist die Bundesregierung vertreten durch den BMPT

Post/Giro Directors Group Groupe de Paris

Ständige Gruppe der Direktoren der europäischen Postfinanzdienste zur engeren Zusammenarbeit und Verbesserung des internationalen Zahlungsverkehrs.

Beteiligungen

Wissenschaftliches Institut für Kommunikationsdienste GmbH (WIK), Bad Honnef

Gegenstand des WIK ist die wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Forschung auf dem Gebiet der Telekommunikation sowie des Post- und Postbankwesens. Die Gesellschaft führt wissenschaftliche Beratung durch und erbringt Informationsdienstleistungen für ihre Gesellschafter.

Eurogiro Network A/S Kopenhagen

Eurogiro ist ein Zahlungsverkehrsnetz der europäischen Postbanken. Gegenstand der Gesellschaft ist die Betreibung des Eurogiro-Systems und -Netzes für den grenzüberschreitenden Zahlungsverkehr in 14 europäischen Ländern.

Die Postbank-Adressen

Zentrale

Postbank Generaldirektion

Friedrich-Ebert-Allee 122 – 126
53113 Bonn
☒ Postfach 4000
53105 Bonn
Telefon: (0228) 920-0
Telefax: (0228) 920-28 18/-28 19
Telex: 885 692 gd pb

Postbank Zentralstelle

Wilhelminenstraße 1 – 3
64283 Darmstadt
☒ Postfach 110000
64278 Darmstadt
Telefon: (061 51) 159-0
Telefax: (061 51) 291730

Tochtergesellschaften

Deutsche Postbank International S.A., Luxemburg

2, route de Trèves
L-2633 Luxembourg-Senningerberg
Telefon: (00352) 349531-1
Telefax: (00352) 346206

Verbindungsbüro:

Friedrich-Ebert-Allee 122 – 126
53113 Bonn
☒ Postfach 4000
53105 Bonn
Telefon: (0228) 920-1021
Telefax: (0228) 920-1807

Postbank Immobilien- und Baumanagement GmbH

Friedrich-Ebert-Allee 122 – 126
53113 Bonn
Postfach 4000
☒ 53105 Bonn
Telefon: (0228) 920-5701
Telefax: (0228) 920-5770

Postbank Data GmbH

Godesberger Allee 64 – 66
53175 Bonn
Postfach 2601 27
☒ 53153 Bonn
Telefon: (0228) 920-5600
Telefax: (0228) 920-5810

Region Nord

Postbank Niederlassung Hamburg

Alter Wall 46
20457 Hamburg
☒ 20455 Hamburg
Telefon: (040) 36 19-0
Telefax: (040) 36 19-21 44

Überseering 26

22297 Hamburg
☒ 22283 Hamburg
Telefon: (040) 63 83-0
Telefax: (040) 63 83-11 16

Postbank Niederlassung Hannover

Goseriede 16
30159 Hannover
☒ 30139 Hannover
Telefon: (05 11) 918-0
Telefax: (05 11) 918-73 25

Region West

Postbank Niederlassung Dortmund

Hiltropwall 4 – 12
44137 Dortmund
☒ 44131 Dortmund
Telefon: (02 31) 180-0
Telefax: (02 31) 180-24 82

Postbank Niederlassung Essen

Kruppstraße 2
45128 Essen
☒ 45125 Essen
Telefon: (0201) 819-0
Telefax: (0201) 22 87 69

Postbank Niederlassung Köln

Postprivatstraße
50668 Köln
☒ 50607 Köln
Telefon: (0221) 140-0
Telefax: (0221) 12 41 27

Region Ost

Postbank Niederlassung Berlin

Hallesches Ufer 60
10963 Berlin
☒ 10916 Berlin
Telefon: (030) 268-0
Telefax: (030) 268-553

Postbank Niederlassung Leipzig

Prager Straße 4 – 8
04103 Leipzig
☒ 04085 Leipzig
Telefon: (03 41) 21 82-0
Telefax: (03 41) 21 82-11 1

Region Mitte

Postbank Niederlassung Frankfurt am Main

Eckenheimer Landstraße
242
60320 Frankfurt
☒ 60288 Frankfurt
Telefon: (069) 15 62-0
Telefax: (069) 15 62-1903

Postbank Niederlassung Karlsruhe

Kriegsstraße 100
76133 Karlsruhe
☒ 76118 Karlsruhe
Telefon: (07 21) 930-0
Telefax: (07 21) 930-89 34

Postbank Niederlassung Ludwigshafen

Ernst-Boehe-Straße 15
67059 Ludwigshafen
☒ 67057 Ludwigshafen
Telefon: (06 21) 508-0
Telefax: (06 21) 508-288

Postbank Niederlassung Saarbrücken

Neugrabenweg 2
66123 Saarbrücken
☒ 66107 Saarbrücken
Telefon: (06 81) 93 33-0
Telefax: (06 81) 93 33-167

Postbank Niederlassung Stuttgart

Kleiner Schloßplatz 4
70173 Stuttgart
☒ 70148 Stuttgart
Telefon: (07 11) 20 38-0
Telefax: (07 11) 20 38-369

Region Süd

Postbank Niederlassung München

Sonnenstraße 26
80331 München
☒ 80318 München
Telefon: (089) 51 23-0
Telefax: (089) 51 23-41 14

Bayerstraße 49

80335 München
☒ 80317 München
Telefon: (089) 51 69-0
Telefax: (089) 51 69-4700

Postbank Niederlassung Nürnberg

Keßlerstraße 1 – 3
90489 Nürnberg
☒ 90322 Nürnberg
Telefon: (09 11) 580-0
Telefax: (09 11) 580-23 77

Impressum

Redaktion:
Postbank, Unternehmenskommunikation

Konzeption und Gestaltung:
Kuhn, Kammann & Kuhn GmbH
Agentur für Unternehmenskommunikation,
Köln

Illustrationen:
Ute Helmbold,
Gunnar Collier

Fotografie:
Gotthart Eichhorn,
Postbank,
Georg Valerius



Postbank Generaldirektion
Friedrich-Ebert-Allee 122 – 126
53113 Bonn

☒ Postfach 4000
53105 Bonn

Telefon (02 28) 920-0
Telefax (02 28) 920-28 18/-28 19
Telex: 885 692 gd pb

N12<918690584180

